



Bericht

der Landesregierung

Jahreswirtschaftsbericht 1998

— Federführend ist der Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr.

Inhalt

Einleitung	5
Wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein	7
<i>Die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 1998</i>	7
<i>Verarbeitendes Gewerbe</i>	10
<i>Ernährungswirtschaft</i>	10
<i>Bauwirtschaft</i>	11
<i>Handwerk</i>	11
<i>Dienstleistungen</i>	11
<i>Handel</i>	12
<i>Tourismus</i>	13
<i>Umweltwirtschaft</i>	14
Regionale Wirtschaftspolitik	16
<i>Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume</i>	16
<i>Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“</i>	17
<i>Konversionspolitik</i>	18
<i>Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg</i>	19
Wirtschaftsförderung für Unternehmen	20
<i>Instrumente der betrieblichen Förderung</i>	20
<i>Existenzgründungsoffensive Schleswig-Holstein</i>	21
<i>Ansiedlungsbilanz 1998</i>	21

Beratungen	23
<i>Beratungen für KMU</i>	23
<i>Beratungen für Frauen</i>	23
Außenwirtschaftspolitik	24
Schiffbau	27
Tourismuspolitik	28
Technologiepolitik	29
<i>Aufgaben und Ziele</i>	29
<i>Beispielhafte Projekte der Technologieförderung</i>	30
<i>Telekommunikation und Multimedia</i>	31
<i>Technologietransfer im Hochschulbereich</i>	32
Berufliche Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung	33
<i>Ausbildungsplatzsituation 1998</i>	33
<i>Bündnis für Ausbildung '98</i>	33
<i>Weiterbildung</i>	35
<i>Wirtschafts- und technikbezogene Hochschulstudienangebote</i>	36
Verkehrspolitik für Schleswig-Holstein	37
<i>Europäische Verkehrspolitik</i>	37
<i>Schienenwege</i>	37
<i>Straßeninfrastruktur</i>	38
<i>Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)</i>	39
<i>Schiffahrtspolitik</i>	40

Entwicklung der Häfen	40
Luftverkehr	41
Ausblick	42
Anlagen (Statistik)	44
Abkürzungen	62
Zuständigkeiten	63

Einleitung

Auf der Zielgeraden ins Jahr 2000 präsentiert sich Schleswig-Holstein als **moderner und attraktiver Wirtschaftsstandort im Norden Deutschlands**. In einem schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld, das geprägt wurde durch Wirtschafts- und Finanzkrisen in Asien oder Rußland, konnte sich die schleswig-holsteinische Wirtschaft gut behaupten. Die überwiegend mittelständischen Unternehmen im Lande stellten ihre Widerstandsfähigkeit und ihre Stärken unter Beweis.

Schleswig-Holstein ist ein moderner Wirtschaftsstandort.

Die **Dominanz des Dienstleistungssektors** prägt heute die Struktur der schleswig-holsteinischen Wirtschaft. Der Wandel von der Industriegesellschaft zur **Informations- und Wissensgesellschaft** ist unaufhaltsam und überall spürbar. Die Landesregierung hat diesen Strukturwandel durch ihren konsequenten wirtschaftspolitischen Kurs der Modernisierung unterstützt. Das Ergebnis ist eine moderne wirtschaftsnahe und technologische Infrastruktur. Schleswig-Holstein verfügt heute über ein dichtes Netz an Technologie-Transfer-Einrichtungen, wie Technologie- und Gründerzentren.

High-Tech-Standort im Norden.

In Schleswig-Holstein ist bereits das gesamte Spektrum der neuen Informations- und Kommunikationsbranchen erfolgreich vertreten - von der Forschung über die Hardware-Produktion, die Software-Entwicklung und Telekommunikationsanbieter bis hin zu Anwendern wie beispielsweise Direktbanken und Callcentern. Die neuen, auf moderne Informations- und Kommunikationstechnik basierenden Dienstleistungen boomen in Schleswig-Holstein und tragen dazu bei, daß die Informationsgesellschaft ein wichtiger Faktor geworden ist für Wachstum und Beschäftigung. Viele mittelständische High-Tech-Unternehmen haben sich gegründet und angesiedelt, deren Erfolgsgeschichten weit über die Grenzen des Landes hinaus Beachtung finden. In Flensburg, kurz vor der Grenze zum Nachbarland Dänemark, hat sich ein weltweit agierender Mobiltelefonhersteller etabliert und in kurzer Zeit 2000 Arbeitsplätze geschaffen.

Innovation ist das Schlüsselwort für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.

Mit ihrer Wirtschafts- und Technologiepolitik fördert die Landesregierung die Innovationsfähigkeit der schleswig-holsteinischen Wirtschaft. Kurze Wege, ein gutes, dialogorientiertes Wirtschaftsklima und die ausgeprägte Kooperationsbereitschaft der Akteure aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft bilden ideale Voraussetzungen für den Technologie- und Wissenstransfer. Innovationen müssen schnell in marktfähige Produkte umgesetzt werden. Denn in dieser Zeit der Globalisierung und Internationalisierung gilt mehr denn je: *Nicht die „Großen fressen die Kleinen“, sondern die „Schnellen die Langsamen“.*

Schleswig-Holstein ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort.

Die neue wirtschaftsgeographische Situation, der Wegfall und die Öffnung von Grenzen in Richtung Norden und Osten, hat den Standort Schleswig-Holstein attraktiver gemacht. Von einer ehemals eher peripheren Lage ist das Land weiter in das Zentrum Europas gerückt. Unter den sich herausbildenden Großregionen in Europa zählt der Ostseeraum zu den Regionen mit der dynamischsten Wirtschaftsentwicklung; das Außenhandelsvolumen Deutschlands mit der Ostseeregion ist bereits heute annähernd so groß wie das mit Japan und den USA zusammengenommen. Das aufgebaute Netzwerk interregionaler Kooperationen im Ostseeraum und die Arbeit der Repräsentanzen in ausgewählten Ostseeregionen schaffen die Voraussetzungen, dieses Potential für Schleswig-Holstein zu nutzen und die wirtschaftlichen Kontakte rund um die Ostsee weiter zu aktivieren. Schleswig-Holstein ist attraktiv für Ansiedlungen und Unternehmensgründungen, weil es eine gut ausgebaute wirtschaftsnahe Infrastruktur bietet. Gewerbeflächen sind keine Mangelware. Zukunftsorientierte verkehrspolitische Entscheidungen haben die Schaffung einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur ermöglicht. Zahlen belegen die Attraktivität des Landes für Unternehmensgründungen: Bei den Neueintragungen in das Handelsregister liegt Schleswig-Holstein in Westdeutschland an der Spitze. Der Saldo der

Gewerbeanmeldungen und der erfolgten Abmeldungen liegt deutlich im positiven Bereich. Diese Gründerland-Atmosphäre gibt die Impulse für das Entstehen neuer, zusätzlicher Arbeitsplätze, die wir dringend benötigen.

Schleswig-Holstein hat aber auch andere Reichtümer und weiß diese zu nutzen.

Natur, einzigartige Landschaften zwischen Nord- und Ostsee und fruchtbare Böden mit hochwertigen Produkten - auch das ist Schleswig-Holstein. Deshalb ist der *Tourismus* ein nicht wegzudenkendes Standbein der regionalen Wirtschaft. Das Urlaubsland Schleswig-Holstein liegt seit Jahren auf Platz 2 der Beliebtheitskala der inländischen Reiseziele der Deutschen. Auch im Jahr 1998 stieg die Zahl der Gäste an. Im Verarbeitenden Gewerbe ist die *Ernährungswirtschaft* einer der bedeutendsten Wirtschaftszweige.

Schleswig-Holstein ist in guter Nachbarschaft.

Schleswig-Holstein genießt im *Ostseeraum* nicht nur politisch, sondern auch als Wirtschaftsstandort einen guten Ruf. Zugleich verstärkt sich jedoch der Wettbewerb unter den Regionen des Ostseeraumes, der zunehmend von grenzüberschreitenden Kooperationen von Subregionen mit bemerkenswerter ökonomischer Dynamik geprägt ist. Die Öresundregion ist ein Beispiel hierfür. Die intensiviertere Zusammenarbeit Schleswig-Holsteins mit Hamburg und den nördlichen Nachbarregionen in Dänemark und Schweden bietet die Chance zum Aufbau eines *Entwicklungszentrums Südliche Ostsee*. Die aus 14 Leitprojekten bestehende *Ostseeraum-Initiative* der Landesregierung und der neu geschaffene Initiativkreis Ostsee mit Repräsentanten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik wird diese Entwicklung im Interesse Schleswig-Holsteins stützen.

Die *Zusammenarbeit mit der Metropole Hamburg* hat eine neue Qualität erhalten. Das *Regionale Entwicklungskonzept* hat einen zusätzlichen Push für neue Ideen gegeben. Jüngstes Beispiel ist der gemeinsame *100-Millionen-Innovationsfonds*, aus dem junge, innovative Unternehmen in beiden Ländern das notwendige Wagniskapital erhalten. In Zukunft wollen die Wirtschaftsförderungsgesellschaften gemeinsames *Standortmarketing* betreiben. Für eine Hafenkooperation zwischen den Häfen Hamburg und Lübeck sind erste wichtige Schritte eingeleitet. Die Landesregierung und der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg haben eine engere Zusammenarbeit im Ostseeraum vereinbart.

Dieser Jahreswirtschaftsbericht gibt Auskunft über die wirtschaftliche Entwicklung in den verschiedenen Branchen der schleswig-holsteinischen Wirtschaft. Der Bericht soll aber vor allem deutlich machen, daß die Wirtschaft in Schleswig-Holstein eine solide und zukunftsfähige Basis hat. Dies ist vor allem das Verdienst der Unternehmerinnen und Unternehmer, des Mittelstandes, der jungen und mutigen Existenzgründerinnen und Existenzgründer und der qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Auf dieser Basis können wir alle gemeinsam mit Zuversicht und Selbstbewußtsein in die Zukunft blicken und uns auf den Weg ins nächste Jahrtausend machen.

Wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein

Die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 1998

Verhaltenes Wachstum in Schleswig-Holstein

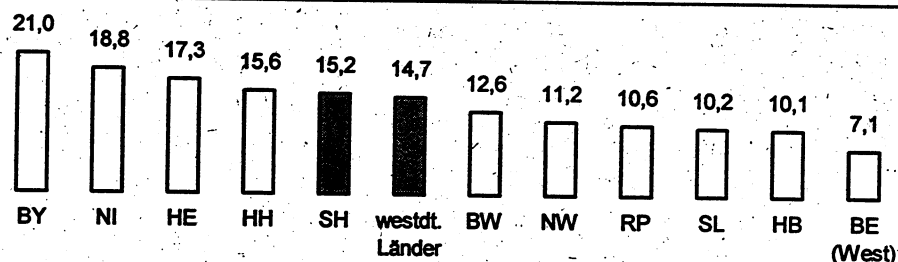
Die wirtschaftliche Entwicklung war im Jahr 1998 von einer zunehmenden Dynamik in den westdeutschen Ländern geprägt. Schleswig-Holstein konnte von dieser Dynamik nur begrenzt profitieren. Im gesamten Jahr 1998 ist die schleswig-holsteinische Wirtschaft real um 1,3 Prozent gewachsen, während der Durchschnitt der westdeutschen Länder bei 2,9 Prozent lag. In den vergangenen Jahren hatte das Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes in Schleswig-Holstein noch überwiegend im westdeutschen Durchschnitt gelegen. Dies belegt auch der Langzeitvergleich des Jahres 1990 mit 1998.

Die verhaltenere Entwicklung in Schleswig-Holstein ist auf die Produktionsstruktur der hiesigen Wirtschaft zurückzuführen, die wenig konjunkturagile Bereiche aufweist. Diese Struktur hat sich in schwierigen Konjunkturzyklen immer wieder als Vorteil erwiesen, während in Aufschwungsphasen regelmäßig ein *timelag* hinzunehmen war, also ein zeitlich verzögertes Eintreten der Wachstumseffekte. Auch in den nächsten Monaten wird mit einer weiterhin stetigen, allerdings - jedenfalls im Vergleich zu anderen Ländern - immer noch zurückhaltenden Entwicklung der schleswig-holsteinischen Wirtschaft gerechnet.

Ein Stimmungsbild ergibt sich aus den regelmäßigen Konjunkturumfragen der drei schleswig-holsteinischen Industrie- und Handelskammern. Während sich die Unternehmen im Lande in der Umfrage für das dritte

Überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum

(Langzeitvergleich des realen Bruttoinlandsproduktes - Veränderung 1998 gegenüber 1990 in Prozent)



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Graphik: MWTV SH

Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft war das Verarbeitende Gewerbe, das in allen Ländern maßgeblich zur positiven Entwicklung der Wachstumsraten beigetragen hat. Allerdings wuchs das Verarbeitende Gewerbe in den meisten westdeutschen Ländern wesentlich stärker als in Schleswig-Holstein. Einige Länder profitierten dabei besonders von dem Boom der Automobil- und Maschinenbaubranche.

Quartal 1998 noch überwiegend zuversichtlich geäußert hatten, hat es im vierten Quartal offensichtlich einen Stimmungsumschwung gegeben. So bezeichneten nur noch 18 Prozent der befragten Unternehmen ihre Lage als *gut*; 38 Prozent rechneten für die kommenden Monate mit einer ungünstigeren Entwicklung. Die Einstellung von Arbeitskräften planten 8 Prozent; ein Drittel dagegen erwartete Stellenabbau. Die im Vorquartal

noch auszumachende Entspannung im Einzelhandel ist wieder skeptischen Erwartungen gewichen. In der schleswig-holsteinischen Industrie blieben die Einschätzungen - insbesondere bei den Investitionsgütern - relativ stabil. Die Bauwirtschaft sah sich weiterhin in einer ungünstigen Situation. Lediglich im Groß- und Außenhandel hat sich die Konjunktur weiter leicht verbessert; allerdings haben auch hier die pessimistischen Erwartungen zugenommen.

Zur Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes vgl. Anlagen 1 bis 3.

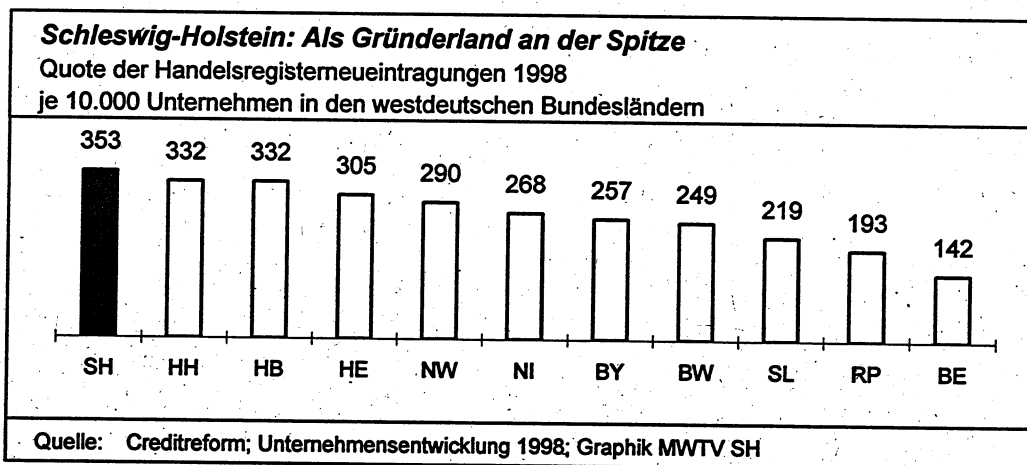
Insolvenzen nahmen zu

Im Jahr 1998 erhöhte sich die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Schleswig-Holstein um 67 Fälle oder 9,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr auf insgesamt 860 Konkurse und Vergleichsverfahren. Die bundesdeutsche Veränderungsrate betrug plus 0,2 Prozent (Westdeutschland: minus 1,1 Prozent). Mehr als drei Viertel der betrof-

Anmeldefälle, also auch Verlagerungen, Übernahmen und sogenannte *Scheinselbstständigkeiten*. Nach vorsichtigen Schätzungen handelte es sich bei etwa 23 Prozent aller Gewerbeanmeldungen um echte Neugründungen. Im Ländervergleich der Neueintragungen ins *Handelsregister* im Jahr 1998 lag Schleswig-Holstein mit einer Quote von 353 je 10.000 Unternehmen an der Spitze der westdeutschen Länder.

Beschäftigung und Arbeitsmarkt - Trendwende

Auf dem Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein kam es im Oktober 1998 zu einer Trendwende, nachdem die Arbeitslosenquote im Vorjahresvergleich zum dritten Mal in Folge rückläufig war. Ende Dezember 1998 lag die Arbeitslosenquote¹ in Schleswig-Holstein bei 10,2 Prozent (Vorjahresmonat: 10,6 Prozent). Die Arbeitslosenquote war bei den Männern mit 12,4 Prozent höher als bei den Frauen (10,4 Prozent)². Zum Vergleich: Im Bundesgebiet pendelte sich die Arbeitslosenquote im



fenen Unternehmen in Schleswig-Holstein bestanden weniger als acht Jahre. Die Insolvenzen in der Bauwirtschaft und im Gastgewerbe waren leicht rückläufig.

Trotzdem: Entwicklung der Gewerbeanmeldungen positiv

Mit der *Gewerbeanzeigenstatistik* gibt es in Schleswig-Holstein eine neue amtliche Datenquelle, aus der sich Rückschlüsse auf das Gründungsgeschehen ziehen lassen. Im aktuell ausgewerteten Jahr 1998 lag die Anzahl der Gewerbeanmeldungen mit rund 29.500 deutlich über der Zahl der Gewerbeabmeldungen (24.600). Die meisten Gewerbeanmeldungen (43 Prozent) entfielen auf den Dienstleistungsbereich, ein Drittel auf den Handelssektor. Die Statistik erfaßt sämtliche

Dezember bei 10,9 Prozent (Westdeutschland: 9,3 Prozent) ein.

Im Durchschnitt des gesamten Jahres 1998 waren 128.381 Männer und Frauen in Schleswig-Holstein arbeitslos, das sind 1,2 Prozent mehr als 1997.

Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote³ betrug 10,0 Prozent nach 9,9 Prozent im Vorjahr. Damit hatte Schleswig-Holstein die niedrigste Quote unter den norddeutschen Ländern zu verzeichnen. Im Vergleich der

¹ Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen

² Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen

³ Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen

Bundesländer liegt das Land ebenfalls auf einem guten 5. Platz (vgl. Grafik in Anlage 5.2). In Deutschland kam es zu einem Rückgang von 11,4 Prozent auf 11,1 Prozent (West: 9,4 Prozent, Ost: 18,2 Prozent). Vorliegende Prognosen gehen von einer gedämpften konjunkturellen Aufwärtsentwicklung aus, so daß die Arbeitslosigkeit trotz leichter Beschäftigungszunahme in den nächsten Monaten noch auf hohem Niveau verbleiben dürfte.

Die Zahl der **sozialversicherungspflichtig Beschäftigten** verringerte sich in Schleswig-Holstein Ende September 1998 im Vergleich zum Vorjahr um 0,1 Prozent und lag bei 813.600 Männer und Frauen. Ein deutlicher Zuwachs an Beschäftigten war im **Dienstleistungsbereich** mit einem Plus von 3,1 Prozent zu beobachten. Die **Baubranche** hatte dagegen mit einem Rückgang um 5,1 Prozent auch weiterhin die höchsten Beschäftigungsverluste zu verkraften.

Zur Entwicklung der Arbeitslosenquoten vgl. Anlagen 4 und 5.

Metropolregion Hamburg: Bedeutender Arbeitsmarkt im Norden

Die Metropolregion Hamburg, bestehend aus dem Stadtstaat Hamburg und seinen nördlichen und südlichen Umlandkreisen, ist für den schleswig-holsteinischen Arbeitsmarkt von besonderer Bedeutung. Ein Vergleich der Beschäftigungsentwicklung in den Jahren 1980 und 1997 macht den positiven Einfluß dieser wirtschaftlich dynamischen Wachstumsregion sehr deutlich: Während in Schleswig-Holstein insgesamt die Zahl der

sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in diesem Zeitraum um 9,2 Prozent zunahm und Hamburg sogar einen Rückgang in Höhe von 4,6 Prozent hinnehmen mußte, wuchs die Beschäftigtenzahl im Gebiet nördlich von Hamburg um knapp 21 Prozent.

Zum Stichtag 30.06.1997 pendelten 135.228 Schleswig-Holsteiner in die Freie und Hansestadt, um dort zu arbeiten. Sie stellten damit rund 54 Prozent aller Berufspendler nach Hamburg. Die Zahl der Einpendler aus Hamburg nach Schleswig-Holstein belief sich auf 38.524 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, das sind 57,9 Prozent aller Berufspendler aus Hamburg.

Beschäftigungsboom in der Metropolregion Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Stichtag: 30.06.)						
	Schleswig-Holstein insgesamt		Nördliches Hamburger Umland		Übriges Schleswig-Holstein	
	1980	1997	1980	1997	1980	1997
		733.243	801.013	241.212	291.326	492.031
Veränderung in % -80/97-	+ 9,2		+ 20,8		+ 3,6	

Verarbeitendes Gewerbe

Verlangsamtes Wachstum

Die Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten gingen auch am **Verarbeitenden Gewerbe Schleswig-Holsteins** nicht spurlos vorüber.

Nach einer sehr guten Entwicklung in der ersten Jahreshälfte hat sich im zweiten Halbjahr 1998 in vielen Branchen das Wachstumstempo spürbar verlangsamt. Hauptstütze der Industriekonjunktur waren vor allem zweistellige Auftragseingänge aus dem Ausland. Die Betriebe erwarten auch für die nächsten Monate eine Fortsetzung des moderaten Wachstumsprozesses.

Der Umsatz im **Verarbeitenden Gewerbe Schleswig-Holsteins** (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) nahm im Berichtsjahr bei einem Exportanteil von 29,8 Prozent um 1,3 Prozent auf 50,7 Milliarden Mark zu; dies aber bei immer noch rückläufiger Beschäftigung (minus 2,1 Prozent). Positiv war die Entwicklung der Auftragseingänge mit einem Plus von insgesamt 5,2 Prozent.

Der **Maschinenbau** ist der beschäftigungsintensivste Wirtschaftszweig im Verarbeitenden Gewerbe. Mit 24.566 Beschäftigten, das sind 2,3 Prozent weniger als im Vorjahr, wurde in dieser Branche ein Umsatz von 7 Milliarden Mark (minus 1,6 Prozent) erreicht. Bei einem Exportanteil von 51,5 Prozent war der rückläufige Umsatz maßgebend auf den Rückgang der Inlandsnachfrage zurückzuführen (minus 7,2 Prozent). Die **Chemische Industrie** mit 12.425 Beschäftigten (plus 3,2 Prozent), 6,5 Milliarden Mark Umsatz (plus 2,5 Prozent) und einem Exportanteil von 33,8 Prozent verzeichnete eine gute Inlandskonjunktur (plus 7,6 Prozent). Innerhalb dieses Wirtschaftszweiges nahm die **Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen** mit einem Beschäftigtenanteil von 51,6 Prozent und Umsatzanteil von 53,1 Prozent eine starke Stellung ein. Dieser Bereich konnte bei Beschäftigung (plus 7,9 Prozent) und Umsatz (plus 13,2 Prozent) überdurchschnittlich gute Steigerungsraten verzeichnen.

Zur Entwicklung wichtiger Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes vgl. Anlage 7.

Ernährungswirtschaft

Bedeutend für Umsatz und Beschäftigung

Mit einem Umsatz von fast 9,5 Milliarden Mark war das **Nahrungs- und Genußmittelgewerbe** der umsatzstärkste Wirtschaftszweig innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes. Die Branche zählte im Berichtsjahr über 20.500 Beschäftigte.

Wichtigste Sparte der Ernährungswirtschaft im Land war die **Fleisch- und Milchwirtschaft**, in der fast 40 Prozent des gesamten Branchenumsatzes erwirtschaftet wurde. Hier arbeiteten 26 Prozent aller Beschäftigten des Ernährungsgewerbes.

Die **Fischwirtschaft** ist mit über 3.000 Beschäftigten besonders bedeutsam für die Küstenregionen. Wegen schlechterer Fangverhältnisse in Nord- und Ostsee haben sich bei den Mengen und Erlösen leichte Einbußen ergeben.

Der in den letzten Jahren beobachtete Konzentrationsprozeß in der Ernährungsindustrie, der zu einer rückläufigen Entwicklung sowohl bei den Umsätzen als auch bei den Beschäftigtenzahlen geführt hat, hat sich im Jahr 1998 fortgesetzt. Zu beobachten war, daß internationale Nahrungsmittelkonzerne, aber auch nationale Großunternehmen weiterhin Optimierungen ihrer Betriebsstätten vornehmen, meist verbunden mit Standortbereinigungen. Hiervon war auch Schleswig-Holstein betroffen.

Die Auswirkungen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrisen, wie in Fernost, Osteuropa und insbesondere Rußland, werden in naher Zukunft zu zusätzlichen Belastungen führen, da die Ernährungswirtschaft in den vorangegangenen Jahren hier besondere Engagements eingegangen war. Mittelfristig werden diese Märkte dennoch als sehr erfolgversprechend für die Branche angesehen.

Die Zahl der Lebensmittelhersteller, die ihr Unternehmen nach den Kriterien eines **Qualitätsmanagements** nach DIN EN ISO 9000 ff. führen, war steigend. Fast alle großen und mittleren Unternehmen der Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein sind heute bereits zertifiziert. Die Landwirtschaftskammer unterstützt diese Entwicklung, so daß mittlerweile auch kleinere Betriebe großes Interesse am Qualitätsmanagement zeigen.

Bauwirtschaft

Lage weiter angespannt

Die Lage in der *schleswig-holsteinischen Bauwirtschaft* zeigte sich weiterhin angespannt. Der Trend zum Abbau von Arbeitsplätzen hielt 1998 an. Im Durchschnitt des Jahres 1998 lag die Zahl der Beschäftigten im Baugewerbe bei 38.078, das entspricht einem Rückgang um 5,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Im Jahr 1997 hatte der Beschäftigtenrückgang im gleichen Zeitraum noch 5,8 Prozent betragen.

Auf den Baustellen wurden 45,4 Millionen Arbeitsstunden geleistet, das entspricht einem Rückgang um 6,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der *baugewerbliche Umsatz* blieb mit 6,3 Milliarden Mark um 1,7 Prozent hinter dem Ergebnis des Vorjahres zurück. Zum Vergleich: In den westdeutschen Ländern gab es einen durchschnittlichen Umsatzrückgang um 2,5 Prozent.

Im Jahr 1998 wurde die Errichtung von 18.055 Wohnungen genehmigt, was einem Rückgang von 5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Im Nichtwohnbau stieg die Zahl der Baugenehmigungen dagegen um 9,4 Prozent.

Bei der *Auftragsentwicklung* im Bauhauptgewerbe ist noch keine positive Tendenz eingetreten. Die Auftragseingänge lagen um 7,5 Prozent unter denen des Vorjahres. Im Wohnungsbau betrug die Abnahme 9,7 Prozent, im gewerblichen und industriellen Bau 11,2 Prozent. Im öffentlichen und Verkehrsbau blieben die Aufträge um 3,2 Prozent hinter denen des Vorjahres zurück.

Eine nachhaltige Belebung der Baukonjunktur ist trotz der im Vergleich zum Vorjahr positiveren Entwicklung bei den Auftragseingängen und Baugenehmigungen im Nichtwohnbau noch nicht auszumachen.

Handwerk

Handwerkskonjunktur ohne Schwung

Im *schleswig-holsteinischen Handwerk* blieb auch 1998 eine konjunkturelle Belebung weitgehend aus. Rückläufige Auftragsbestände und zurückgehende Verkaufspreise führten zu einer Fortdauer der verhaltenen Geschäftslage. Allerdings stellte sich die Lage in den verschiedenen Handwerkssparten unterschiedlich dar.

Insgesamt konnte der Vorjahresumsatz von 24 Milliarden Mark in etwa wieder erreicht werden. Die Situation im *Bauhauptgewerbe* war weiterhin unbefriedigend. Betriebe mit Schwerpunkt im gewerblichen Bau und öffentlichen Hochbau hatten erhebliche Schwierigkeiten. Eine leichte Verbesserung der Geschäftslage war im Bereich des *Ausbaugewerbes* festzustellen. In exportorientierten Handwerken und bei den *Nahrungsmittel- und teilweise auch Dienstleistungshandwerken* konnte eine deutliche Verbesserung verzeichnet werden, dagegen standen Einbußen im *Kraftfahrzeugbereich* und bei den *Gesundheitshandwerken*.

Die Zahl der eingetragenen Handwerksbetriebe ist 1998 im Vergleich zum Vorjahr um 1,1 Prozent auf 21.153 Unternehmen gestiegen (Vorjahr: 1,7 Prozent).

Das *handwerksähnliche Gewerbe* hat sich in den letzten Jahren vergleichsweise dynamisch entwickelt. 1998 wurden 215 handwerksähnliche Betriebe gegründet. Mit dieser weiteren Steigerung um 4 Prozent (Vorjahr 2,1 Prozent) ist der Bestand auf 5.618 (1997: 5.403) Betriebe gewachsen.

Der Beschäftigungsstand im schleswig-holsteinischen Handwerk blieb gegenüber dem Vorjahr stabil.

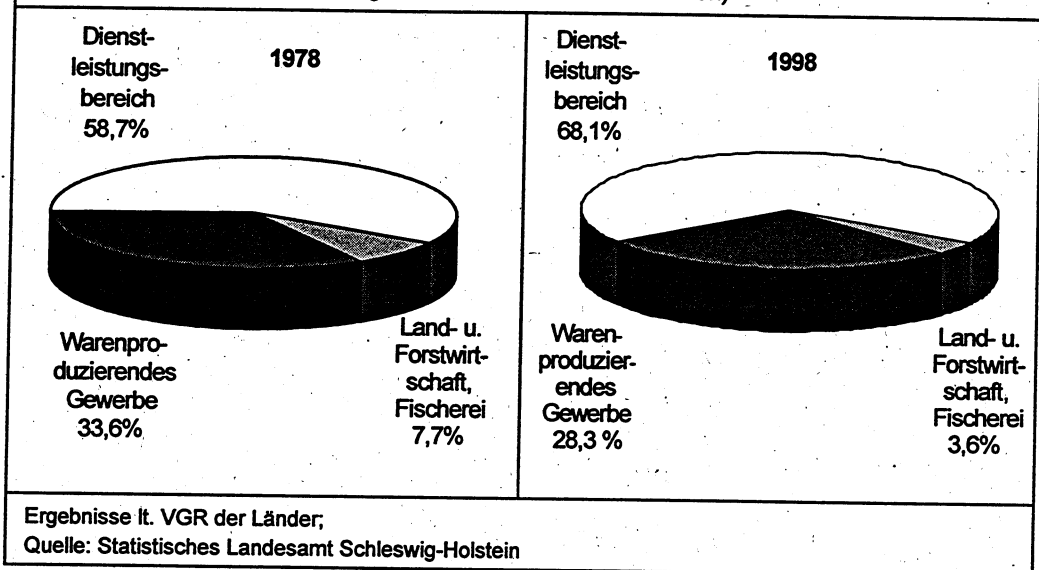
Dienstleistungen

Tertiärer Sektor wächst

Die wachsende Bedeutung des Dienstleistungssektors für Wertschöpfung und Beschäftigung macht den Strukturwandel in Schleswig-Holstein besonders deutlich.

Heute arbeiten bereits mehr als zwei Drittel (68 Prozent) aller Erwerbstätigen in den zum tertiären Sektor zählenden Wirtschaftsbereichen (einschließlich Handel, Verkehr, Staat, private Haushalte). Das sind mehr als im Durchschnitt der Länder (64,3 Prozent). Zum Vergleich: Vor zwanzig Jahren war dieser Anteil in Schleswig-Holstein noch fast zehn Prozentpunkte niedriger. An der realen Bruttowertschöpfung im Lande ist der Dienstleistungssektor mit einem Anteil von 70,4 Prozent beteiligt; auch dieser Anteil liegt über dem Länderdurchschnitt (66,1 Prozent). Schon heute tragen die reinen Dienstleistungsunternehmen mehr zur Bruttowertschöpfung bei als das Produzierende Gewerbe.

Schleswig-Holstein auf dem Weg zur Dienstleistungsgesellschaft
(Prozentanteile der Erwerbstätigen an den Wirtschaftsbereichen)



Handel

Erholung hat eingesetzt

Der *schleswig-holsteinische Einzelhandel* verzeichnete nach sechs mageren Jahren erstmals wieder eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage.

Nach der aktuellen Konjunkturumfrage der Industrie- und Handelskammern beurteilten 8 Prozent der Unternehmen im Einzelhandel ihre Lage als „gut“, 59 Prozent als „befriedigend“ und 33 Prozent als „schlecht“.

Die *Umsatzergebnisse* stiegen 1998 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum nominal (in jeweiligen Preisen) um 1,5 Prozent und real (in konstanten Preisen) um 1,1 Prozent.

Zu den Branchen, die im Berichtsjahr deutliche Umsatzsteigerungen verzeichnen konnten, gehörten der *Einzelhandel mit Kraftwagen* (plus 6,2 Prozent), die *Apotheken* und der *Facheinzelhandel mit medizinischen Artikeln* (plus 5,9 Prozent) und der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (plus 1,7 Prozent).

Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten im schleswig-holsteinischen Einzelhandel ging gegenüber 1997 um 1,9 Prozent zurück. Die Teilzeitbeschäftigung stieg dagegen um 1,6 Prozent. Insgesamt ergibt sich daraus für die Einzelhandelsunternehmen im Jahre 1998 eine stagnierende Beschäftigungsentwicklung (minus 0,4 Prozent).

Die Umsätze des schleswig-holsteinischen Großhandels stiegen 1998 nominal um 3,4 Prozent und real um 6,3 Prozent.

Wie bereits im Vorjahr, kam es im Bereich des Facheinzelhandels vermehrt zu Betriebs-schließungen. Gleichzeitig befanden sich jedoch etliche großflächige Einzelhandelsprojekte an peripheren Standorten in Bau oder in Planung. Diesen Bereich betrifft eine gesetzliche Neuregelung: Nach dem Ausführungsgesetz zum Baugesetzbuch vom 21. Oktober 1998 ist die Ansiedlung großflächiger Einzelhandelsbetriebe nur noch zulässig, wenn ein verbindlicher Bauleitplan vorliegt. Hierdurch soll sichergestellt werden, daß bei zukünftigen Ansiedlungen dieser Art auch die landesplanerischen und städtebaulichen Gesichtspunkte berücksichtigt werden.

Einen Schwerpunkt der Einzelhandelspolitik bildeten die möglichen wirtschaftlichen Auswirkungen und die Steuerung der Ansiedlung der *Factory-Outlet-Center (FOC)*. Im Juli 1998 haben die Regierungschefs von Bund und Ländern gefordert, daß durch die Ansiedlung solcher Factory-Outlet-Center die Attraktivität der Innenstädte nicht gefährdet werden darf.

Tourismus

Schwierige Saison - Gute Chancen

Seit Jahren liegt Schleswig-Holstein auf dem zweiten Platz der Beliebtheitsskala der inländischen Reiseziele der Deutschen (1998: 4,5 Prozent Marktanteil hinter Bayern mit 7,3 Prozent). Im Vergleich aller in- und ausländischen Reiseziele der Deutschen bedeutet dies immer noch Platz 5 (hinter Spanien, Italien, Bayern und Österreich). Nach Schleswig-Holstein reisten mehr deutsche Urlauber als in die boomenden Reiseregionen Türkei oder in die Karibik.

Die *schleswig-holsteinische Tourismuswirtschaft* befand sich 1998 weiterhin in schwierigen Fahrwassern. Auf hohem Niveau stieg die Zahl der Gäste erfreulicherweise um 1 Prozent - gleichwohl ging erneut die Zahl der Übernachtungen zurück (minus 1,4 Prozent bis Ende 1998). Damit setzte sich der seit 1993 nahezu kontinuierlich negative Trend fort.

Tabelle: Entwicklung von Gäste- und Übernachtungszahlen 1998
(Bund: Januar - November)

	Schleswig-Holstein	Deutschland insgesamt	Westdeutsche Länder	Ostdeutsche Länder
Übernachtungen	-1,4 %	+2,6 %	+1,9 %	+6,0 %
Gäste	+1,0 %	+4,1 %	+3,9 %	+5,4 %

Die Umsätze des Gastgewerbes in Schleswig-Holstein verringerten sich im Berichtsjahr um 1,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Überdurchschnittliche Rückgänge bei den Übernachtungszahlen mußten die Ferienregionen an der Nordsee (minus 2,1 Prozent) und an der Ostsee (minus 1,6 Prozent) hinnehmen. Im übrigen Binnenland blieb die Zahl der Übernachtungen konstant; die Holsteinische Schweiz verzeichnete nach dem

Einbruch im Vorjahr (minus 10 Prozent) wieder Zuwächse (plus 1,6 Prozent). Bei einer Betrachtung der einzelnen Unterkunftsarten fällt auf, daß die Hotels (plus 0,9 Prozent) und die Ferienzentren (minus 1,3 Prozent) - wie im Vorjahr - am günstigsten abschnitten. Die Sanatorien und Kurkrankenhäuser, die 1997 noch zu 87 Prozent zum gesamten Übernachtungsrückgang beitrugen (minus 23,0 Prozent), stabilisierten ihre Situation im Jahre 1998 (plus 6,4 Prozent).

Die Ursachen für das Minus im Tourismusgeschäft blieben die gleichen wie im Vorjahr:

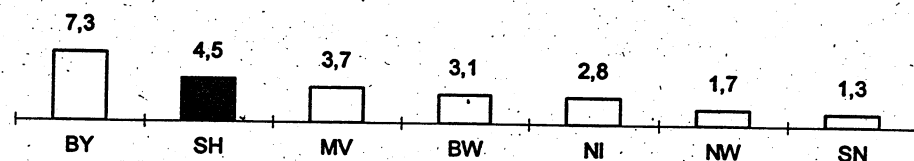
- Anhaltend hohe Arbeitslosigkeit,
- sinkende Realeinkommen,
- stagnierende und zum Teil sinkende Reiseintensität der Deutschen,
- Trend zum Auslandsurlaub und
- weiter zunehmende Konkurrenz von Reisezielen im In- und Ausland.

Dies sind die Rahmenbedingungen, denen sich die Tourismusbranche auch in der kommenden Saison stellen muß. Hinzu kam die extrem ungünstige Witterung im Jahr 1998, die sich bremsend auf die Reiselust im Inland und speziell (wegen der großen Bedeutung des Küstenurlaubs) nach Schleswig-Holstein auswirkte. Besonders stark waren hiervon Badeorte mit einem hohen Anteil an Tagestouristen betroffen. Andersherum profitierten sogenannte *Indoor-Angebote* und der Einzelhandel in den Städten vom schlechten Wetter.

Trotz der ungünstigen konjunkturellen Entwicklung im Berichtsjahr ist die Ausgangssituation für die Tourismuswirtschaft in Schleswig-Holstein gut:

- Schleswig-Holstein ist weiterhin ein sehr attraktives Urlaubsziel. Die Gästezahlen hatten auch 1998 immer noch steigende Tendenz (plus 1,0 Prozent; 1997: plus 2,5 Prozent).

Beliebtes Tourismusland Schleswig-Holstein (Marktanteile der Inlandsreiseziele der Deutschen)



Quelle: Reiseanalyse 1998; Graphik: MWTV SH

- Schleswig-Holstein wird von den Deutschen zu 55 Prozent - nach Bayern (67 Prozent), aber vor allen ausländischen Reisezielen - als das sympathischste Urlaubsgebiet eingestuft. Eine landesweite Gästebefragung hat zudem hohe Zufriedenheitswerte mit dem Schleswig-Holstein-Urlaub ergeben.
- Andere inländische Konkurrenten (vor allem Bayern und Baden-Württemberg) haben im langfristigen Vergleich wesentlich größere Marktanteilsverluste zu verzeichnen als Schleswig-Holstein.

Diese relativ gute Marktposition bildet die Chance für den Tourismus in Schleswig-Holstein. Sie kann nur gehalten und ausgebaut werden durch eine ständige Verbesserung der Qualität des Produktes, durch noch besseren Service und eine optimale Vermarktung, vor allem durch effiziente Werbung und kundenfreundliche Informations- und Buchungsmöglichkeiten.

Umweltwirtschaft

Der Bereich der Umweltwirtschaft wurde bislang durch die Statistischen Ämter nicht als gesonderter Wirtschaftszweig erfaßt. Erste Ergebnisse einer gegenwärtig laufenden erstmaligen statistischen Erfassung werden Ende 1999 erwartet. Für die folgenden Angaben wurden die Ergebnisse der im November 1996 von der Landesregierung in Auftrag gegebenen Studie *Umweltwirtschaft Schleswig-Holstein - Bestandsaufnahme und Perspektiven* zugrunde gelegt.

Der Markt für Umweltschutzgüter und -dienstleistungen ist von hoher wirtschaftlicher Bedeutung. National wie international wird von Wachstumsraten von durchschnittlich 5 % pro Jahr ausgegangen. Für Schleswig-Holstein wurden für das Jahr 1995 umweltschutzbezogene Umsatzzahlen in der Größenordnung von 3,7 Milliarden Mark ermittelt. Mehr als 7 Prozent des in der Bundesrepublik Deutschland in diesem Bereich erzielten Umsatzes entfiel auf Schleswig-Holstein.

Die Aufschlüsselung der Gesamtumsatzzahlen auf verschiedene Angebotsbereiche stellt sich für Schleswig-Holstein wie folgt dar:

Angebotsbereich	Anteil
Abfallbeseitigung	23 %
Recycling	21 %
Energieeinsparung (incl. Windenergie)	18 %
Abwasserbeseitigung	13 %
Altlastensanierung	12 %
Gewässerschutz	5 %
Umweltfreundliche Produkte (insbesondere Lebensmittel)	3 %
Luftreinhaltung	2 %
Sonstiges	3 %

Bedeutende Marktpotentiale in Mittel- und Osteuropa

Besonders für die norddeutsche Umweltwirtschaft ergeben sich aus der Entwicklung in den Ländern Mittel- und Osteuropas neue Marktchancen. Durch die angestrebte Erweiterung der Europäischen Union stehen diese Staaten vor der Herausforderung, in den kommenden Jahren die Umweltstandards der EU übernehmen zu müssen. Das Volumen dieses Zukunftsmarktes wird auf 100 Milliarden Mark geschätzt. Allerdings hängt die Umsetzung dieses Bedarfs in tatsächliche Nachfrage stark von den Finanzierungsmöglichkeiten in den mittel- und osteuropäischen Ländern ab.

Fördermaßnahmen des Landes

Ökotechnik/Ökowiirtschaft:

Die Landesregierung fördert innovative umwelttechnische und umweltwirtschaftliche Maßnahmen nach der *Richtlinie für Ökotechnische und Ökowiirtschaftliche Maßnahmen*. Beratung und Bewilligungen erfolgen durch die Investitionsbank Schleswig-Holstein. Insbesondere Pilotvorhaben, die z.B. die Möglichkeiten neuer, schwerpunktmäßig integrierter Techniken und Betriebsweisen modellhaft demonstrieren, werden gefördert. 1998 wurden durch 12 Projekte mit einem Fördervolumen von rund 1,2 Millionen Mark Investitionen von ca. 3,2 Millionen Mark ausgelöst. Ein Beispiel ist das Projekt zur Entwicklung und Errichtung einer *Chitosananlage in Büsum*. Das aus Krabbenschalen gewonnene Chitosan soll im Medizinbereich eingesetzt werden. Besondere Bedeutung erlangt das Projekt dadurch, daß es Schlüsseltechnologien, wie Meerestechnik, Biotechnologien und Umwelttechnik, bündelt und synergetisch verknüpft. Die Anlagentechnologie soll analog der Windenergie-technologie exportfähig gemacht werden. Das Projekt mit einem Investitionsvolumen von 1,5 Millionen Mark wird von der Landesregierung mit rund

1,1 Millionen Mark in den Jahren 1998 und 1999 gefördert.

EG-Umweltaudit:

Das Umweltaudit-System ist ein wertvolles freiwilliges Instrument zur Ergänzung des umweltpolitischen Instrumentariums der Landesregierung. Teilnehmende Unternehmen übernehmen eigene Verantwortung für den betrieblichen Umweltschutz. Dadurch wird die Einführung integrierter Umweltschutzmaßnahmen und die Entwicklung umwelttechnischer Innovationen gefördert. Inzwischen sind 65 Standorte in Schleswig-Holstein als auditierte Betriebe registriert; allein 1998 sind 17 Betriebe dazugekommen. Die Landesregierung fördert die Einrichtung des Umweltaudit-Systems. Seit 1994 wurden 62 schleswig-holsteinische Standorte mit insgesamt rd. 1,9 Mio. DM unterstützt. Im Berichtsjahr betrug die Summe der Förderungen 186.000 Mark. Die Fördermöglichkeiten wurden 1998 in einer neuen *Förderrichtlinie für Umweltmanagementsysteme* zusammengefaßt und erweitert. Unter anderem hat damit die Förderung von kommunalen Audit-Projekten begonnen. Zusätzlich hat die Landesregierung die bereits 1997 geschaffenen Erleichterungsmaßnahmen für auditierte Unternehmen im Bereich der Überwachung erweitert: Ende 1998 wurde hierzu vom zuständigen Umweltministerium ein überarbeiteter Erlaß, der auch die Bereiche Wasser und Abfall mit einbezieht, veröffentlicht.

Umweltökonomische Gesamtrechnungen (UGR)

Die *Umweltökonomischen Gesamtrechnungen* werden im Auftrag der Landesregierung vom Statistischen Landesamt erarbeitet und stellen eine Ergänzung der herkömmlichen *Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen* dar. Mit den UGR können ökologisch wichtige Trends aufgezeigt und Hinweise darauf gegeben werden, welche qualitativen und quantitativen Umweltbelastungen durch die verschiedenen Wirtschaftssektoren verursacht werden und wie sich Änderungen des Konsumverhaltens oder der Wirtschaftsstruktur auf die Umwelt auswirken. Umgekehrt liefern die UGR auch Informationen, wie sich in den einzelnen Branchen Umweltschutzmaßnahmen niederschlagen.

Für die im Aufbau befindlichen UGR in Schleswig-Holstein sind zur Zeit Daten in folgenden Bereichen verfügbar:

- Rohstoffverbrauch
- Emissionen
- Staatliche Umweltschutzausgaben

Tendenz: Entkopplung von Rohstoffverbrauch und Wertschöpfung

Im Jahr 1995 wurden in Schleswig-Holstein 21 Millionen Tonnen Rohstoffe verbraucht; das waren 1,4 Prozent mehr als im Vergleichsjahr 1990. Der Wert der verbrauchten Rohstoffe hat sich dagegen im gleichen Zeitraum (in jeweiligen Preisen) verringert, und zwar um 22,6 Prozent auf 1,4 Milliarden Mark. Zum Vergleich: Das Bruttoinlandsprodukt des Landes ist in diesem Zeitraum nominal um 27,8 Prozent gestiegen.

CO₂-Emissionen rückläufig

Die Landesregierung unterstützt das Ziel der Bundesregierung, bis zum Jahr 2005 eine Minderung des Ausstoßes von Kohlendioxid (CO₂) um mindestens 25 Prozent zu erreichen. Nach den Daten der UGR ist es im Vergleich der Jahre 1995 und 1990 zu einer Abnahme der CO₂-Emissionen in Schleswig-Holstein um 4 Prozent gekommen. In Relation zu den Einwohnerzahlen wurden in Schleswig-Holstein 1995 ca. 2 Tonnen CO₂ pro Einwohner weniger emittiert als im Bundesdurchschnitt.

Regionale Wirtschaftspolitik

Der Strukturwandel erfaßt die Regionen Schleswig-Holsteins in sehr unterschiedlicher Weise. Die Problemlage der kreisfreien Städte mit hohen Soziallasten, hohen Arbeitslosenquoten aber günstigen Wachstumspotentialen unterscheidet sich erheblich von der Problemlage peripherer Gebiete an der Westküste oder der Situation im Hamburger Umland. Dabei verschärft die wachsende Mobilität von Kapital und Arbeit nicht nur den regionalen Standortwettbewerb, sondern erhöht auch das Risiko plötzlicher regionaler oder lokaler Strukturkrisen. Ziel der regionalen Wirtschaftsförderung des Landes ist es nicht, den Strukturwandel auszubremsen, sondern - im Gegenteil - seine Kräfte für mehr Wachstum und Beschäftigung im ganzen Land auszunutzen. Diese Politik setzt bei den regionsspezifischen Standortvorteilen an und fördert die interregionale Zusammenarbeit.

Zur wirtschaftlichen Lage in den regionalen Planungsräumen vgl. Anlage 8.

Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume

Das Regionalprogramm ist das zentrale landespolitische Förderinstrument zur Verbesserung der Standortvoraussetzungen in den strukturschwachen ländlichen Räumen. Schwerpunkt der Förderung ist der Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur.

Die Programmlaufzeit ist infolge der engen Verknüpfung des Regionalprogramms mit der Regionalförderung der Europäischen Union bis 1999 befristet, mit einer Auslauffinanzierung bis 2001. Das Regionalprogramm wurde von der Landesregierung für den Zeitraum 1997 bis 2001 mit 93,5 Millionen Mark ausgestattet. Dazu kommen 38 Millionen Mark aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Rahmen des Zieles 5b. In 1998 standen Fördermittel in Höhe von rund 39 Millionen Mark zur Verfügung.

Im Berichtsjahr wurden diverse Infrastrukturprojekte bewilligt oder zur Bewilligung freigegeben. Einige Beispiele:

- Errichtung eines *Gewerbe- und Technikzentrums* in Oldenburg.
- *Gewerbegebietserschließungen* in den Gemeinden Süderlügum, Satrup, Ahrensböök, Schönberg, Norderstapel, Tellingstedt und Owschlag sowie in den Städten Eckernförde und Flensburg.
- *Gewerbehöfe* in den Gemeinden Wankendorf und Hohenwestedt.
- Ausbau und Instandsetzung der *Anleger* auf der *Hallig Gröde* und der Neubau der *Hafenanlagen des Kreishafens Langballigau*.
- Umsetzung eines Maßnahmenbündels zum *naturbezogenen sanften Tourismus* zur integrierten Entwicklung in der *Eider-Treene-Sorge-Region*.
- Umsetzung eines *Multiplikatorenkonzeptes* durch die Technologie-Transferzentrale ttz.
- Touristische Erschließung einer ehemals militärischen Liegenschaft in *Großenbrode*.

Regionale Wirtschaftsförderung ab 2000

Die Landesregierung wird den erfolgreichen Weg einer Regionalisierung der Strukturpolitik, den sie 1989 mit den beiden Regionalprogrammen für die Westküste und den Landesteil Schleswig eingeleitet hatte, auch nach 1999 fortsetzen. Unter Berücksichtigung der Reformpläne der Europäischen Union für die Strukturfonds im Rahmen der AGENDA 2000 - hier insbesondere für das neue Ziel 2 - und der Neuabgrenzung der Gemeinschaftsaufgabe *Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur* hat die Landesregierung erste Eckpunkte für ein Konzept für die regionale Wirtschaftsförderung im Zeitraum 2000 bis 2006 festgelegt. Das Konzept knüpft an die positiven Erfahrungen mit dem Regionalpro-

gramm in seiner bisherigen Form an. Es ist vorgesehen, das Programm mit seinen vorhandenen Strukturen zu einem *Dach für die gesamte zukünftige Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur* in den strukturschwachen Regionen Schleswig-Holsteins auszubauen.

Die zukünftige Regionalförderung wird sich nach fünf Grundsätzen richten:

- Die Förderung von **Wachstum und Beschäftigung** durch die Unterstützung des Strukturwandels und die Beseitigung regionaler Strukturschwächen ist primäres Ziel der regionalen Wirtschaftsförderung.
- Die Förderprogramme werden verstärkt für Projekte der **immateriellen wirtschaftsnahen Infrastruktur** (beispielsweise im Bereich des Technologietransfers und der Entwicklung oder Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien) geöffnet. Regionale Leitprojekte mit besonderer Strukturwirkung und innovative Modellvorhaben sollen auch zukünftig Fördervorrang haben.
- Die Landesregierung wird daran festhalten, die **regionalen Akteure** unter Ein-schluß der Sozialpartner in das Auswahlverfahren einzubinden.
- Der **Qualitätswettbewerb** bei der Auswahl der Projekte - sowohl zwischen den Regionen als auch innerhalb der Regionen - wird intensiviert. Kriterien der Nachhaltigkeit und der Verbesserung der Beschäftigungs- und Qualifizierungschancen für Frauen werden dabei berücksichtigt.
- Gleichgerichtete Förderprogramme werden verstärkt zur **Nutzung von Synergien** gebündelt. Ziel sind einfache, flexible und transparente Strukturen.

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“

Mit dem weiteren Ausbau einer zukunftsorientierten *wirtschaftsnahen Infrastruktur* hat die Landesregierung verbesserte Rahmenbedingungen dafür geschaffen, daß ansässige Unternehmen sich weiterentwickeln können, Existenzgründungen gefördert und betriebliche Neuansiedlungen bei verstärkter in- und ausländischer Standortkonkurrenz akquiriert werden können.

Vor dem Hintergrund knapper Bundes- und Landesmittel befürwortet die Landesregierung die vorrangige Förderung von Projekten im **infrastrukturellen Bereich**.

Die Förderung **einzelbetrieblicher Investitionsvorhaben** von Unternehmen des produzierenden Gewerbes und bestimmter Dienstleistungen konzentrierte sich vorrangig auf die vom Truppenabbau betroffenen Standorte, deren Nahbereiche sowie auf die von Arbeitslosigkeit besonders betroffene Hansestadt Lübeck.

Tourismusederbliche Projekte wurden überwiegend in diesen Standorten sowie auf Helgoland gefördert.

Im Berichtsjahr 1998 stand in der Gemeinschaftsaufgabe ein **Bewilligungsrahmen** von rund 70 Millionen Mark zur Verfügung. Dar-aus wurden gefördert:

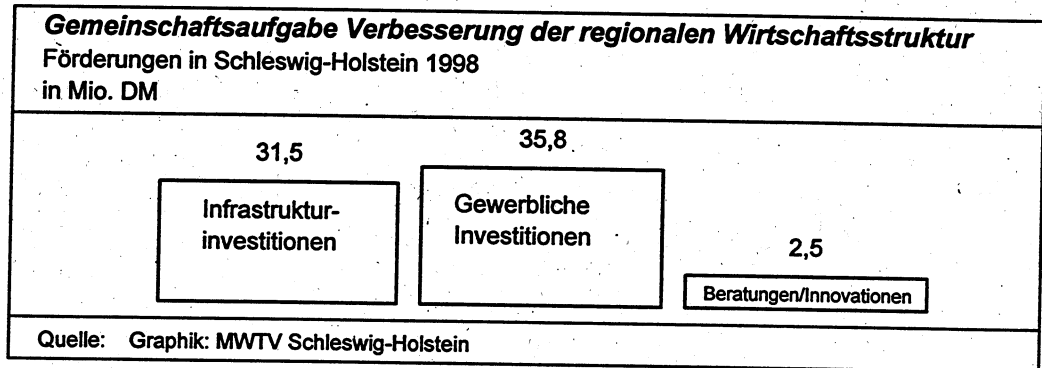
- **Investive Maßnahmen der wirtschaftsnahen Infrastruktur:**
31,5 Millionen Mark für 54 Investitionsvorhaben.
Schwerpunkte: Industriegeländeerschließung (37 Prozent), öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen (29 Prozent), Häfen (16 Prozent) und Einrichtungen der beruflichen Bildung (11 Prozent).
- **Investive Maßnahmen der gewerblichen Wirtschaft:**
35,8 Millionen Mark für 24 Investitionsvorhaben der gewerblichen Wirtschaft (einschließlich Fremdenverkehr) mit einem Investitionsvolumen von 302,4 Millionen Mark:
Beschäftigungseffekte: 1.071 neue Dauerarbeitsplätze, Sicherung von über 635 Arbeitsplätzen.
Investitionsschwerpunkte: Errichtungs- und Erweiterungsinvestitionen vor allem im Bereich der Elektrotechnik.
- **Nicht-investive Maßnahmen der gewerblichen Wirtschaft**
2,5 Millionen Mark für 48 Fördervorhaben.
Förderbereiche: Beratung von kleinen und mittleren Unternehmen, Produktinnovationen und Innovationsassistenten.

In der Landeshauptstadt Kiel hat die Landesregierung im Jahr 1998 drei größere Infrastrukturvorhaben aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe *Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur* gefördert. Eine Zuwendung in Höhe von 3,6 Millionen Mark wurde für die mit 12 Millionen Mark veranschlagte Erweiterung des **Kieler Innovations- und Technologiezentrums (Kitz)** gewährt. Diese

wurde um weitere 6 Millionen Mark aufgestockt aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Rahmen des Zieles 2. Der Neubau des *Industriestammgleises Neuwittenbek-Voßbrook* - eine Gesamtinvestition in Höhe von 8 Millionen Mark - wurde mit 5 Millionen Mark gefördert. Für die Verkehrsanbindung von *Gewerbebetrieben im Stadtteil Kiel-Wik* wurde eine Zu-

Darüber hinaus erhielten die wehrtechnischen Unternehmen Hilfestellung bei der **Umstellung auf zivile und technologisch anspruchsvolle Produkte.**

Zur Umsetzung der Konversionsziele erhält das Land Schleswig-Holstein von der Europäischen Union aus der Gemeinschaftsinitiative **KONVER II** für die Programmlaufzeit



wendung von 3,18 Millionen Mark gewährt. Die Fördermaßnahmen in den Bereichen Tourismus, berufliche Bildung und Häfen sind in den jeweiligen Kapiteln aufgeführt.

Zu den Förderergebnissen vgl. Anlage 9.

Der **Aktionsraum der Gemeinschaftsaufgabe** umfaßte die Kreise Nordfriesland, Dithmarschen, Schleswig-Flensburg, Ostholstein und Herzogtum Lauenburg sowie die kreisfreie Stadt Flensburg und die Insel Helgoland; außerdem Teile der kreisfreien Städte Lübeck und Kiel.

Konversionspolitik

Die Landesregierung unterstützt die vom Truppenabbau bei der Bundeswehr betroffenen Regionen und Betriebe, um ihnen die Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen zu erleichtern. Insgesamt wurden aus Schleswig-Holstein seit 1990 mehr als 35.000 Soldaten und Zivilkräfte abgezogen, das sind fast 42 Prozent des ursprünglichen Bestandes.

Die Bundesvermögensverwaltung in Kiel hat mittlerweile 237 ehemalige Bundeswehrflächen mit einer Gesamtfläche von 2.859 Hektar zum Zwecke des Verkaufs übernommen. Davon wurden bis Ende 1998 rund 1.500 Hektar für zivile Zwecke veräußert. Die **rasche zivile Anschlußnutzung** weiterer Liegenschaften bildet einen konversionspolitischen Schwerpunkt der Landesregierung.

1995 bis 1999 rund 23,3 Millionen Mark. Davon sind 16,1 Millionen Mark für den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur, für die Unterstützung der betrieblichen Konversion sowie für die Umnutzung militärischer Liegenschaften vorgesehen. Aus dem Landeshaushalt werden für diese Zwecke weitere 14 Millionen Mark bereitgestellt.

Zur Unterstützung der Konversionsbemühungen setzt die Landesregierung in den betroffenen Standorten **weitere Förderinstrumente** ein, wie das *Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume* und die *Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur*.

Bis Ende 1998 wurden bereits einige der geförderten Konversionsprojekte realisiert. Dazu gehören die *Wiedernutzbarmachung der Hömflächen in der Landeshauptstadt Kiel*, das *Technik- und Ökologiezentrum in Eckernförde* und das *Bildungszentrum für Tourismus und Gastronomie in Husum*. Weitere Projekte befinden sich noch in der Umsetzungsphase:

- *Mit der Umgestaltung der Schiffbrücke in Flensburg und dem Ausbau des Schwimmbades in Leck* wurde im Jahr 1997 begonnen. Diese Projekte werden bis Ende 1999 fertiggestellt sein.
- Die tourismusorientierte Umnutzung der ehemaligen Marineküstendienstschule in Großenbrode ist weitgehend realisiert und wird ebenfalls bis 1999 abgeschlossen sein.

- Für die geplante *Neugestaltung des Hafenvorfeldes in Kappeln*, das *Gewerbezentrums in Oldenburg* und den *Ausbau der Promenade in Großenbrode* konnten die Gesamtfinanzierungen gesichert werden. Baubeginn dieser Projekte wird im Jahr 1999 sein.

Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg

Die Landesregierungen von Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein haben einen Handlungsrahmen für das **Regionale Entwicklungskonzept für die Metropolregion Hamburg (REK)**¹ beschlossen, der die Realisierung regionaler Leitprojekte - derzeit sind 34 Projekte in zehn Politikfeldern definiert - vorsieht.

Die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit in der Metropolregion soll durch Leitprojekte in den Bereichen Technologie, Wirtschaftsförderung und Tourismus intensiviert werden. Kommunale Projekte im Rahmen des REK können aus den *REK-Förderfonds Nord und Süd* bezuschußt werden.

Die Metropolregion Hamburg wurde im Juni 1998 als *Region der Zukunft* im Rahmen des bundesweiten Wettbewerbs *Regionen der Zukunft - Regionale Agenden für eine nachhaltige Raum- und Siedlungsentwicklung* ausgezeichnet. Die Metropolregion Hamburg gehört damit zu einem Kreis von 26 Regionen, die in den nächsten beiden Jahren um die besten Strategien und Projekte für eine zukunftsfähige Regionalentwicklung konkurrieren werden. Die Prämierung erfolgt auf dem Weltstädtebaukongreß *Urban 21* im Juli 2000 in Berlin.

Bilaterale Zusammenarbeit mit Hamburg

Im Zuge des REK-Prozesses wurde die bilaterale Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg, schwerpunktmäßig in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Technologiepolitik, Hafenwirtschaftsbeziehungen und Ostseepolitik, auf allen Ebenen intensi-

viert, um konkrete Ansätze für weitere Kooperationen zu entwickeln.

Neben der Einrichtung des gemeinsamen *100-Millionen-Innovationsfonds* zur Eigenkapitalstärkung junger, innovativer Unternehmen (siehe auch unter „Instrumente der betrieblichen Förderung“) haben beide Länder weitere wirtschaftspolitische Kooperationen auf den Weg gebracht. So wird Schleswig-Holstein die Bewerbung Hamburgs um die Endmontage des Großraum-Langstrecken-Passagierflugzeuges *Airbus A 3XX* durch Bereitstellung von Ausgleichsflächen unterstützen. Im September 1998 wurde ein *gemeinsames Standortmarketing* vereinbart. Hierdurch soll die Bestandspflege bestehender und das Dienstleistungsangebot für ansiedlungsinteressierte Unternehmen verbessert werden.

¹ Das Regionale Entwicklungskonzept umfaßt

- die Freie und Hansestadt Hamburg,
- in Schleswig-Holstein die Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Herzogtum Lauenburg, Steinburg und den Wirtschaftsraum Brunsbüttel,
- in Niedersachsen die Landkreise Harburg, Stade, Lüneburg, Rotenburg (Wümme), Cuxhaven, Soltau-Fallingb., Uelzen und Lüchow-Dannenberg.

Wirtschaftsförderung für Unternehmen

Instrumente der betrieblichen Förderung

Neben der **Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur** stehen für die einzelbetriebliche Förderung in Schleswig-Holstein vier weitere Förderinstrumente zur Verfügung:

- Bürgschaftshilfen des Landes und der Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH
- Zinsgünstige Darlehen der Investitionsbank (IB) Schleswig-Holstein
- Stille Beteiligungen der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft (MBG) und Beteiligungen aus dem Wagniskapital-Förderprogramm (WKF)
- Beteiligungen aus dem gemeinsamen Innovationsfonds Schleswig-Holstein & Hamburg

Die Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH verzeichnete im Jahr 1998 eine außerordentlich lebhaftere Geschäftsentwicklung. Die Summe der neu übernommenen Bürgschaften stieg um 32 Prozent auf 132 Millionen Mark. Das bis Ende 1998 übernommene Bürgschaftsobligo erreichte 489 Millionen Mark. Durch die Verbürgung von Krediten und die Übernahme von Garantien für Beteiligungen hat die Bürgschaftsbank für das Jahr 1998 insgesamt rund 470 Unternehmen finanzielle Hilfestellung geleistet und damit insbesondere Betriebserrichtungen und -erweiterungen unterstützt. Als besonderes Instrument zur Förderung von Existenzgründungen wird seit August 1998 im Zusammenhang mit der Verbürgung von Darlehen an Existenzgründerinnen und Existenzgründer eine **begleitende Beratung** angeboten. Sie beinhaltet nach dem ersten Gründungsjahr ein **Check up** und eine Schwachstellenanalyse durch eine externe Unternehmensberatungsgesellschaft. Die Kosten hierfür werden von der Bürgschaftsbank übernommen.

Die Förderung von Unternehmen im Land ist ein Kernbereich der Investitionsbank Schleswig-Holstein. Den Schwerpunkt bilden zinsgünstige Darlehen für die mittelständische Wirtschaft. Die Geschäftsentwicklung der Investitionsbank war 1998 sehr positiv. Das Volumen der Neubewilligungen lag mit einem Betrag von 242 Millionen Mark deutlich über dem Niveau des Vorjahres.

Auch die Investitionsbank bietet besondere Hilfen für Existenzgründungen an. Mit dem 1997 aufgelegten **Existenzgründerinnen-Programm**, das speziell auf kleinere Gründungsvorhaben mit einem Investitionsvolumen von 20.000 bis 200.000 Mark zugeschnitten ist, konnten 1998 insgesamt 71 Vorhaben unterstützt und 157 Arbeitsplätze geschaffen werden.

Eine auf Initiative des Ministers für Wirtschaft, Technologie und Verkehr geschlossene Vereinbarung zwischen der schleswig-holsteinischen Kreditwirtschaft und der Investitionsbank vom Oktober 1997 hat die Konzeption des **Starthilfe-Programmes** für kleine Existenzgründungsvorhaben ermöglicht. Mit Hilfe dieses Förderinstrumentes sind 1998 erste Vorhaben realisiert worden.

Die Investitionsbank hat ihre Aktivitäten im Bereich der Außenwirtschaftsförderung ausgeweitet. Die schleswig-holsteinische Förderinstitution wurde als Finanzinstitut für die **Joint-Venture-Programme JEV und ECIP** bei der Europäischen Union akkreditiert. Mit Hilfe dieser Programme werden Joint-Ventures innerhalb der Europäischen Union und in 55 Entwicklungsländern unterstützt. Seit 1997 ist die Investitionsbank auch für das Mittel- und Osteuropa-Programm JOP akkreditiert.

In Schleswig-Holstein besteht ein gutes Angebot an Beteiligungskapital und Risikokapital. Für die Finanzierung von Innovationen kleiner und mittlerer Unternehmen spielt **Beteiligungskapital** eine besondere Rolle, da Kreditfinanzierungen mangels Sicherheiten häufig nicht oder nur unzureichend herangezogen werden können. Um die Kapitalausstattung der mittelständischen Unternehmen in Schleswig-Holstein zu verbessern, wurde

im Jahr 1994 die **Gesellschaft für Wagniskapital - Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH (MBG)** gegründet. Heute hat sich die MBG zu einer der wachstumsstärksten und erfolgreichsten öffentlichen Beteiligungsgesellschaften entwickelt. Mehr als 100 Beteiligungen wurden bislang eingegangen, so daß das Portfolio der Gesellschaft auf 70 Millionen Mark angewachsen ist. Im Jahr 1998 wurde ein Beteiligungsvolumen von 16,9 Millionen Mark übernommen.

Mit Hilfe der einzelnen Beteiligungs-Programme unterstützte die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft im Berichtsjahr 12 Existenzgründungen. Speziell für kleine Existenzgründungen standen der MBG im Rahmen des **EGO-WKF-Programms** 1 Million Mark zur Verfügung. Diese Mittel wurden zu 70 Prozent ausgeschöpft.

Um im Bereich der Frühphasenfinanzierung das Angebot an *Seed Capital* zu verbessern, ist Mitte 1998 unter Federführung der Investitionsbank Schleswig-Holstein der **Innovationsfonds Schleswig-Holstein & Hamburg** als Public-Private-Partnership aufgelegt worden. Partner sind die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die Europäische Investitionsbank (EIB) und von der privaten Seite die Venture-Capital-Gesellschaft Technologieholding VC GmbH, München. Der Fonds stellt für die Wirtschaftsregion Schleswig-Holstein und Hamburg Beteiligungskapital in Höhe von bis zu 100 Millionen Mark zur Verfügung. Das Angebot dieses Fonds ist speziell auf Unternehmen mit einer innovativen Basis und herausragenden Wachstumspotentialen zugeschnitten.

Der gemeinsame Innovationsfonds konzentriert sich auf Unternehmensaktivitäten wie Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, Gründungskonzeptionen und Produktentwicklungen bis zur Marktreife. Auch Managementhilfe gehört zum Angebot. Im Vordergrund stehen die innovativen Branchen des Nordens, wie umweltschonende und energiesparende Technologien, Kommunikations- und Informationstechnik, Biotechnologie oder Medizintechnik.

Existenzgründungsoffensive Schleswig-Holstein

Die 1996 gestartete **Existenzgründungsoffensive** ist 1998 mit gutem Erfolg fortgesetzt worden. Mit 353 Unternehmensneugründungen pro 10.000 bestehender Unternehmen

lag Schleswig-Holstein 1998 an der Spitze der westdeutschen Länder¹. Damit hat sich der positive Trend des Vorjahres fortgesetzt.

Neben den speziellen Angeboten der *betrieblichen Förderung* (siehe dort) stand die **Verbesserung von Beratung und Information von Existenzgründerinnen und Existenzgründern** im Mittelpunkt der Existenzgründungsoffensive **GO! Schleswig-Holstein**.

- Der **Leitfaden** für Existenzgründerinnen und -gründer mit dem Titel „Selbständig werden“ verzeichnete eine hohe Nachfrage. Für 1999 ist eine Neuauflage geplant.
- Die **Existenzgründerinnenberatung** der Investitionsbank Schleswig-Holstein wurde in erheblich gesteigertem Umfang in Anspruch genommen.
- Eine Broschüre der Industrie- und Handelskammern über die im Rahmen der begleitenden Beratung bestehenden **Coaching-Angebote** im Land wurde auf Initiative des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr herausgegeben.
- Ein spezielles Coaching-Angebot ist der **Seniorexpertenservice (SES)** über die Industrie- und Handelskammern, der ebenfalls auf Initiative des Wirtschaftsministeriums eingerichtet wurde.

Für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im öffentlichen Dienst hat die Landesregierung ein Projekt auf den Weg gebracht, bei dem neue **Wege in die Selbständigkeit durch Nutzungsmöglichkeiten von Teilzeitarbeit und Sonderurlaub** aufgezeigt werden. Die Umsetzung ist 1998 angelaufen.

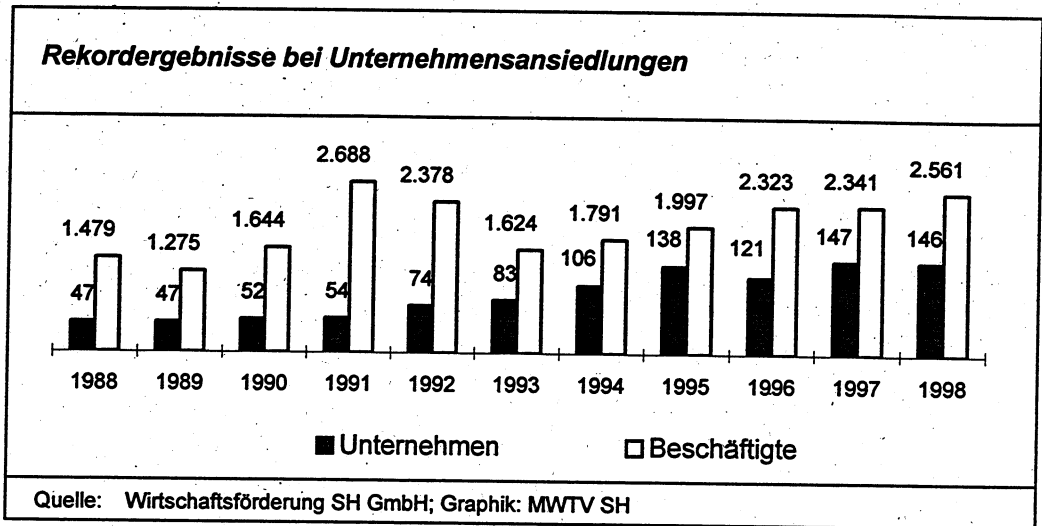
Ansiedlungsbilanz 1998

Vorjahresrekord wiederholt - 2.561 neue Arbeitsplätze

Die Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein GmbH, die regionalen Wirtschaftsfördereinrichtungen, die Investitionsbank und das Wirtschaftsministerium zogen wieder eine positive Bilanz der Unternehmensansiedlungen. Insgesamt 146 Neuansiedlungen oder Unternehmensgründungen konnten die Wirtschaftsförderinstitutionen durch ihre Aktivitäten für den Standort Schleswig-Holstein auf ihr Konto verbuchen. Damit wurde das Rekordergebnis des Vorjahres (147 Unter-

¹ Quelle: Creditreform Unternehmensentwicklung 1998 (12/98)

nehmen) fast wieder erreicht. Die neuen Unternehmen wollen **2561 Arbeitsplätze** schaffen; das sind 220 Arbeitsplätze mehr als im Vorjahr. Gleichzeitig ist dies das zweitbeste Resultat der letzten 25 Jahre.



Beratungen

Beratungen für KMU

Die Landesregierung fördert ein umfangreiches Beratungsangebot für kleine und mittlere Unternehmen (KMU).

Die Beratungsstellen der Handwerkskammern und der Fachverbände des Handwerks bieten kostenlose Kurz- und Intensivberatungen in betriebswirtschaftlichen und technischen Fragen an.

Die von der Rationalisierungsgemeinschaft Handwerk e.V. erarbeiteten Betriebsvergleiche bilden eine wichtige Grundlage für die Handwerksberatungen.

Das Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft e.V. (RKW) in Kiel wickelt das operationelle Programm für die Durchführung der Gemeinschaftsinitiative der Europäischen Union für kleine und mittlere Unternehmen in Schleswig-Holstein (GI-KMU) ab. Die Förderung besteht aus Beratungshilfen für die Einrichtung von Qualitätsmanagement-Systemen einschließlich Total-E-Quality und für die Markterschließung von Innovationen.

Zur Stärkung der Wettbewerbs- und Anpassungsfähigkeit von KMU fördert die Landesregierung darüber hinaus *betriebliche* Beratungsmaßnahmen aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe *Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur*.

Der *Förderlotse* bei der Investitionsbank Schleswig-Holstein ist eine zentrale Ansprechperson für Unternehmen und Existenzgründungsinteressierte, die sich über Fördermöglichkeiten der Europäischen Union, des Bundes und des Landes informieren wollen.

Beratungen für Frauen

Die Beratungsstelle für Existenzgründerinnen¹ bei der Investitionsbank Schleswig-Holstein unterstützt Frauen durch eine spezi-

ell auf ihre Anforderungen zugeschnittene kostenlose Beratung bei ihrem Schritt in die berufliche Selbständigkeit.

Die zwölf regionalen Beratungsstellen *Frau & Beruf* helfen Frauen bei der Lösung von Problemen, die im Zusammenhang mit der Berufstätigkeit - insbesondere beim Wiedereinstieg nach der Familienphase - stehen. Damit soll Frauen der Zugang zur Arbeitswelt sowie die Anpassung ihrer Fähigkeiten an veränderte berufliche Anforderungen erleichtert werden. Die Beratungsstellen halten engen Kontakt zu den regionalen Unternehmen und kooperieren mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden sowie den Institutionen der kommunalen Beschäftigungs- und Wirtschaftsförderung. So können frauenspezifische Interessen in die regionale Strukturpolitik eingebracht und die Arbeitsmarktchancen von Frauen in der Region verbessert werden.

Das *Frauennetzwerk zur Arbeitssituation* bietet vor allem arbeitslosen Frauen und Sozialhilfeempfängerinnen ein niedrigschwelliges, ganzheitliches Beratungs- und Betreuungsangebot zu Fragen der Existenzgründung.

Durch Einzelberatungen, Seminare und den Aufbau von Patenschaften und Vernetzungsstrukturen soll den Frauen der Einstieg in die berufliche Selbständigkeit ermöglicht werden.

Seit Projektbeginn im April 1997 hat das Frauennetzwerk sein Angebot in Kiel um dezentrale Beratungen in Husum und Lübeck erweitert.

Für Frauen im ländlichen Raum stößt die Teilnahme am Erwerbsleben durch familiäre Verpflichtungen und lange Verkehrswege auf besondere Schwierigkeiten. Die Landesregierung unterstützt seit April 1997 den Landfrauenverband bei der Einrichtung von *Servicebörsen*, die Alternativen für Teilzeit-Arbeitsplätze in erreichbarer Nähe schaffen.

In den zwanzig bisher gegründeten Börsen arbeiten Frauen als eigenverantwortliche Unternehmerinnen, die sich durch ein gemeinsames Zentralbüro organisieren, in dem alle Aufträge eingehen. Die Anbieterinnen orientieren sich flexibel an den Dienstleistungsbedürfnissen der Region.

¹ vgl. auch Seiten 19 und 20

Außenwirtschaftspolitik

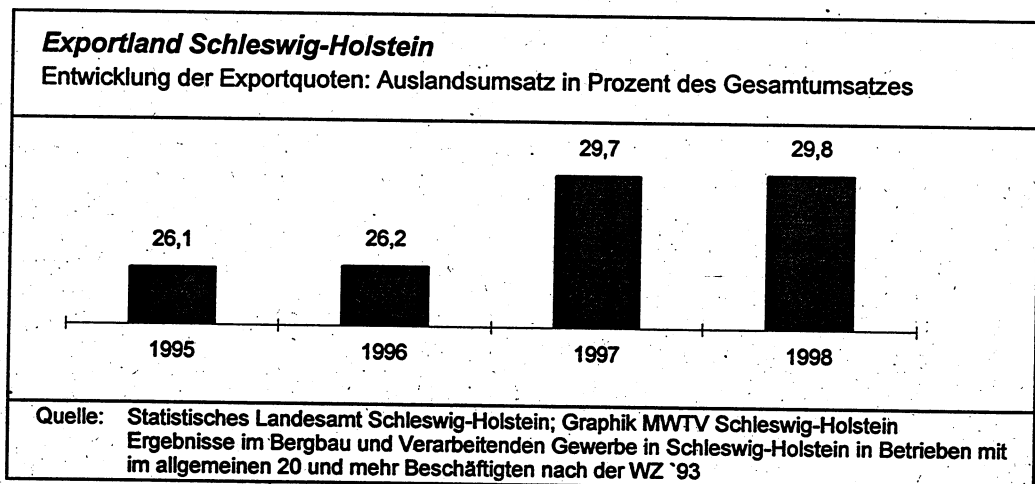
Exportquote gestiegen

Der technologieorientierte Umstrukturierungsprozeß der schleswig-holsteinischen Wirtschaft begünstigte in den letzten Jahren die Eingliederung der Unternehmen des Landes in die internationale Weltwirtschaft. Die **Exportquote¹** des Landes ist seit 1990 um acht Prozentpunkte auf heute fast **30 Prozent** angewachsen. Sie hat sich damit dem bundesdeutschen Durchschnitt (33 Prozent) deutlich angenähert. Die Branchen des *Maschinenbaus*, der *Chemie* und des *Fahrzeugbaus* einschließlich des *Schiffbaus* haben ihr ohnehin starkes Auslandsengagement weiter ausgebaut. Junge und innovative Wirtschaftszweige im Bereich der *Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik* und auf dem Gebiet der *Medizin-, Meß-, -Steuer- und*

Deutlichere Spuren als erwartet hat die Asienkrise hinterlassen: Der Rückgang der schleswig-holsteinischen Exporte nach Asien um 21,2 Prozent hat die Gesamtentwicklung spürbar beeinflusst. Dagegen haben die Exporte in die mittel- und osteuropäischen Länder um 4,5 Prozent zugenommen. Einzelheiten enthalten die im Anhang beigefügten Tabellen (Anlagen 11 und 12).

Ziele und Maßnahmen der Außenwirtschaftspolitik

Wegen der relativ hohen Exportorientierung des Verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein ist die **Erschließung oder Sicherung von Auslandsmärkten** unabdingbare Voraussetzung für die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen.



Regelungstechnik weisen über dem Bundesdurchschnitt liegende Exportquoten von 40 bis 70 Prozent aus. Trotz ihrer noch geringen Anteile am gesamten industriellen Umsatz sind diese hohen Exportquoten der Beleg für eine bemerkenswerte internationale Wettbewerbsfähigkeit und ein erhebliches Wachstumspotential dieser Branchen.

Die schleswig-holsteinischen Exporte haben mit einer Zuwachsrate von 5,1 Prozent in den ersten zehn Monaten 1998 gegenüber dem Vorjahr einen beachtenswerten Beitrag zum Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts geleistet.

¹ Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz des Verarbeitenden Gewerbes

Mit ihrer konsequenten und transparenten **Außenwirtschaftspolitik** flankiert die Landesregierung die Internationalisierung der schleswig-holsteinischen Wirtschaft. Mittelpunkt der Maßnahmen war auch 1998 die Unterstützung kleiner, mittlerer und junger Unternehmen bei der Erschließung neuer Auslandsmärkte. Hierfür stand ein ausgewogenes Instrumentarium finanzieller und nicht finanzieller Hilfen zur Verfügung. Im Rahmen des **Außenwirtschaftsförderungsprogramms** stellte die Landesregierung hierfür ein Fördervolumen von 1 Million Mark bereit. Damit wurden Markterschließungsaktivitäten der mittelständischen Wirtschaft risikomindernd und kostensenkend unterstützt. Etwa 80 Prozent der Mittel entfielen auf die Förde-

rung von Messebeteiligungen. Dabei ging der Trend von Einzelbeteiligungen zu gemeinschaftlichen Messeaktivitäten weiter. Außerdem zeigte sich ein wachsendes Interesse an der Gründung von Firmengemeinschaftsbüros im Ausland, wofür 1998 etwa 15 Prozent der Fördermittel aufgewendet wurden.

Die Außenwirtschaftspolitik der Landesregierung stützt sich auf drei Säulen.

- **Säule 1:**
Abwicklung der Außenwirtschaftsförderung durch die **Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein GmbH (WSH)**. Zu den Aufgaben der WSH gehören die Betreuung von Einzelunternehmen, Gruppenberatungen in Form von Informationsseminaren, Organisation von Messebeteiligungen, Beratung bei der Gründung von Firmengemeinschaftsbüros im Ausland und die Organisation von Delegationsreisen.
- **Säule 2:**
Delegationsreisen unter der Leitung des Wirtschaftsministeriums. Diese werden überwiegend kleinen und mittleren und im Auslandsgeschäft noch wenig erfahrenen Unternehmen zur Erschließung neuer Märkte angeboten. Entsprechend der regionalen Schwerpunktsetzung der Außenwirtschaftspolitik waren die Ziele fast ausschließlich Länder im Ostseeraum/Baltikum sowie in Südostasien. Bei der Programmgestaltung wurden je nach Interesse der Unternehmen sektorale Akzente gesetzt, beispielsweise in den Bereichen Umweltechnologie, Medizintechnik, erneuerbare Energien und Nahrungsmittelverarbeitung.
- **Säule 3:**
Hilfestellung bei Investitionsfinanzierungen im Ausland. Die Investitionsbank Schleswig-Holstein soll künftig zentraler Ansprechpartner für Unternehmen sein, die sich finanziell stärker im Ausland engagieren wollen und bei der Markterschließung auf bisher unbekannte Finanzierungsfragen stoßen. Märkte in Mittel- und Osteuropa oder in Asien können immer weniger durch Exporte allein erschlossen werden. Ein finanziell investives Engagement der Unternehmen im Ausland erhält ein immer stärkeres Gewicht. Dies war wichtige Erkenntnis der durchgeführten Delegationsreisen.

Der Verdeutlichung der regionalen und sektoralen Schwerpunkte der Außenwirtschaftspolitik dienen zwei zentrale Instrumente:

- Der **Messekalender** wird jährlich in Abstimmung zwischen dem Wirtschaftsministerium, der Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein GmbH, der Industrie- und Handelskammern und der Landwirtschaftskammer aufgestellt. Er beinhaltet etwa 15 wichtige Auslandsmessen, die der schleswig-holsteinischen Wirtschaft als Ziele für Gemeinschaftsbeteiligungen angeboten werden. Für die Teilnahme an einem Gemeinschaftsstand können den Unternehmen finanzielle Förderungen gewährt werden. Außerdem wird ihnen die Organisation der gesamten Beteiligung entweder durch die Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein GmbH oder die Landwirtschaftskammer angeboten.
- Der **Außenwirtschaftskalender** wurde im Jahr 1998 neu eingeführt und befindet sich noch in der Erprobungsphase. Die am Messekalender beteiligten Institutionen haben gemeinsam einen Katalog primär regional definierter und zeitlich befristeter Projekte zusammengestellt. Jedes Projekt besteht aus mehreren aufeinander abgestimmten Maßnahmen, beispielsweise Messgemeinschaftsbeteiligung, Delegationsreise und Informationsveranstaltungen. Zum Jahresende werden die Projekte evaluiert und über eine Fortführung entschieden. Ein beispielhaftes Projekt des Außenwirtschaftskalenders 1998 war die Teilnahme an einer Fachmesse für Nahrungsmittelverarbeitung in New Delhi mit einem Firmengemeinschaftsstand und einer Unternehmerdelegation.

Weitere Schwerpunkte der außenwirtschaftlichen Aktivitäten der Landesregierung waren die Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den beiden asiatischen Partnerregionen Schleswig-Holsteins, der *Provinz Zhejiang* in China und der *Präfektur Hyogo* in Japan, sowie mit dem *Wirtschaftsraum St. Petersburg*.

Im November 1998 präsentierten 15 schleswig-holsteinische Unternehmen Umweltechnologien in der Provinz-Hauptstadt von Zhejiang, Hangzhou. Als Folgeprojekt ist geplant, die begonnene betriebliche Zusammenarbeit durch die Errichtung eines Umweltdialogzentrums zu flankieren.

Die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der japanischen Präfektur Hyogo befindet

sich nach Unterzeichnung der Vereinbarung im November 1997 noch in der Anfangsphase. Erste Projekte waren eine Informationsveranstaltung der Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein GmbH und die Teilnahme an einer Fachmesse für Zukunftstechnologien mit einem Firmengemeinschaftsstand in der Hauptstadt Kobe. Außerdem wurden Gespräche über ein dreijähriges Arbeitsprogramm aufgenommen, das von der japanischen Zentralregierung finanziell gefördert werden soll.

Schiffbau

Der Weltschiffbaumarkt signalisiert bei den Schiffsablieferungen seit 1994 einen stetigen Aufwärtstrend, wobei deutsche Seeschiffswerften an dieser Entwicklung entsprechend partizipieren. Die Ablieferungen in 1998 haben das bereits sehr hohe Niveau in 1997 von 17 Millionen c.g.t¹ übertroffen. Die Produktionszahlen der deutschen Werften weisen absolut einen leichten Wachstumstrend aus. In Relation zum Weltmarkt war der Marktanteil des deutschen Schiffbaus im Jahr 1998 jedoch leicht rückläufig.

Die Finanzkrise in Fernost traf insbesondere die koreanische Volkswirtschaft und damit zugleich die stark expansiv ausgerichtete Schiffbauindustrie. Dies bewirkte Vertrauensverluste. Hierdurch konnten deutsche Werften ihre Akquisitionschancen im ersten Halbjahr 1998 nutzen.

Den zehn schleswig-holsteinischen Seeschiffswerften gelang es, die Auftragseingänge zu steigern und einen soliden Auftragsbestand aufzubauen.

Die Jahresproduktion für 1998 war durchgängig abgesichert, so daß Kurzarbeit in nennenswertem Umfang nicht entstand.

Der Schwerpunkt der Produktion schleswig-holsteinischer Werften lag - wie im Vorjahr - bei Containerschiffen aller Größenordnungen sowie spezieller Tonnage für sogenannte Nischenanbieter.

Aufgrund weiterer Rationalisierungsbemühungen und des anhaltenden Trends, Fertigungstiefen durch Ausgliederung von Betriebsteilen abzubauen, war die Beschäftigtenzahl leicht rückläufig. Ende 1998 gab es auf Schleswig-Holsteins Seeschiffs-Werften rund 6.100 Beschäftigte.

Trotz der zum Jahresende relativ günstigen Ausgangssituation ist die künftige Entwicklung des schleswig-holsteinischen Schiffbaus vor dem Hintergrund der labilen Verfassung der internationalen Schiffahrtsmärkte als kritisch einzuschätzen. Die erheblichen Auftragseingänge des ersten Halbjahres 1998 dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß

mit der Asien-Krise große Belastungen gerade auf diesen im besonderen Maße der Globalisierung ausgesetzten Industriezweig zukommen. Diese sind mit dem vorhandenen strukturpolitischen Instrumentarium und den werftseitigen kontinuierlichen Rationalisierungen und Investitionsschüben nicht ausreichend zu kompensieren. Da die finanziellen Risiken überwiegend durch Staatsgarantien abgedeckt werden, wurde die Akquisition neuer Aufträge in der zweiten Jahreshälfte 1998 für deutsche Werften immer schwieriger. Hinzu kam, daß die fernöstlichen Währungsentwicklungen Preisvorteile für asiatische Werften brachten. Auch die Hilfen des Internationalen Währungsfonds (IWF) für Korea hat den Erhalt der dortigen Schiffbaukapazitäten gestützt. Als Folge ist auf den traditionellen Schiffbaumärkten ein starker Preisverfall eingetreten.

Das OECD-Abkommen über die Einhaltung von Wettbewerbsbedingungen im Schiffbau blieb durch die fehlende Ratifizierung der USA auch weiterhin außer Kraft. Damit sind die Chancen gesunken, künftig ausgewogene Wettbewerbsbedingungen auf den internationalen Märkten vorzufinden.

Um zumindest für einen teilweisen Ausgleich der internationalen Wettbewerbsverzerrungen im Schiffbau zu sorgen, hat Schleswig-Holstein den Landesanteil am laufenden Wettbewerbshilfeprogramm des Bundes und der norddeutschen Länder für das Jahr 1998 von ursprünglich 22 Millionen Mark auf 30 Millionen Mark aufgestockt. Unter Einbeziehung des Bundesanteils ergab sich für Schleswig-Holstein ein Programmvolumen von 45 Millionen Mark.

Das Land hat 1998 insgesamt Wettbewerbs-hilfen in Höhe von 40,4 Millionen Mark für ein Auftragsvolumen von rund 1 Milliarde Mark gewährt.

Die Schiffbauindustrie wurde darüber hinaus im Jahre 1998 mit Bürgschaften umfanglich unterstützt. Das Land übernahm Ausfallbürgschaften für Schiffs- und Werftkredite mit einem Obligo von 166,4 Millionen Mark.

¹ c.g.t. = compensated gross tonnage (Maßeinheit für die mit dem Bau eines Schiffes verbundene Arbeitsleistung)

Tourismuspolitik

Der Tourismus ist ein bedeutender Wirtschafts- und Imagefaktor für Schleswig-Holstein und verfügt auch weiterhin über Entwicklungspotentiale. Tourismuspolitik bleibt Schwerpunktpolitik der Landesregierung. Dies hat die Landesregierung in einer Kabinettsitzung zum Tourismus am 30. Juni 1998 bekräftigt

Wichtige Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des schleswig-holsteinischen Tourismus waren im Jahre 1998:

- Fortsetzung der Qualitäts- und Dienstleistungsoffensive mit Schwerpunktprojekten wie: Landesweite Gästebefragung; Modellprojekt *Tourist-Service-Zentralen*; Konzept für eine zielgruppenorientierte Klassifizierung von Beherbergungsbetrieben; Gastronomiewettbewerb „Kindereller“.
- Unterstützung des touristischen Marketings unter der Dachmarke *Schleswig-Holstein* mit Landesmitteln in Höhe von 3,35 Millionen Mark. Die Landesregierung erwartet, daß die Ende 1998 beschlossene Neuorganisation der Tourismusverbände zu einer weiteren Kräfte- und Mittelbündelung führt.
- Teilnahme Schleswig-Holsteins an einer gemeinsamen Marketingkampagne für Urlaub in Deutschland. Diese Kampagne wurde von der Länder-Wirtschaftsministerkonferenz im Mai 1998 beschlossen.
- Förderung der touristischen Infrastruktur mit 13,6 Millionen Mark an Zuschüssen. Beispiele:
 - Neugestaltung von Promenaden und Plätzen in Flensburg, Kappeln, Grömitz, Timmendorfer Strand und Großenbrode;
 - Touristische Radwege in Grömitz, in Bösdorf, im Bereich Schlüttsiel und zur Hamburger Hallig;
 - Weitere Ausgleichsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Ende der Strandbefahrung in St. Peter-Ording;

– Neubau der Kurverwaltungen in Timmendorfer Strand und in Schönberg;

- Förderung von Beherbergungsbetrieben mit insgesamt 1,5 Millionen Mark.
- Förderung des Fahrradtourismus in Schleswig-Holstein:
 - Einweihung des Ochsenweges auf dem Geestrücken;
 - Radwanderprojekte in Mittelholstein und im Eider-Treene-Sorge-Gebiet;
 - Spezialbuchungskatalog für Fahrradangebote;
 - Programm *Fahrradfreundliches Schleswig-Holstein*.

Die Projekte *Nordseeküsten-Radweg*, die Vernetzung von Radwegen in den Kreisen Nordfriesland, Dithmarschen, Schleswig-Flensburg und Rendsburg-Eckernförde, die Klassifizierung von fahrradfreundlichen Beherbergungsbetrieben sowie die Novellierung des Beschilderungserlasses werden zur Zeit vorbereitet.

- Schaffung eines Haushaltstitels zur Förderung innovativer Projekte im Tourismus.

Drei Regionalkonferenzen der Landesregierung waren den besonderen Problemen im Kur- und Rehassektor gewidmet. Zur Unterstützung des Umstrukturierungsprozesses hat die Landesregierung unter anderem das *Servicebüro Gesundheitsadresse Schleswig-Holstein* gefördert; Mittel für das Modellprojekt *Gesundheitsregion Holsteinische Schweiz* sollen in Kürze bereitgestellt werden.

Zur Prüfung von Alternativen oder zur Weiterentwicklung der Kurabgabe hat die Landesregierung eine Experten-Arbeitsgruppe eingesetzt, deren Ergebnisse am 10. Februar 1999 vorgelegt wurden.

Nach dem Konkurs der *Schleswig-Holstein Tourismus GmbH (SHT)* als landesweiter Buchungszentrale hat die Landesregierung deutlich gemacht, daß eine zentrale Vermarktungseinrichtung für Schleswig-Holstein unabdingbar ist. Sie wird den Neuaufbau einer solchen Einrichtung unterstützen.

Technologiepolitik

Aufgaben und Ziele

Der Wandel von der Industriegesellschaft zur Informations- und Wissensgesellschaft ist unaufhaltsam. *Wissen* wird immer mehr zu einem der wichtigsten *Produktionsfaktoren*. *Innovation*, die Umsetzung von Wissen in neue Produkte und Dienstleistungen, ist zu einem entscheidenden *Wettbewerbsfaktor* geworden. Eine wichtige Aufgabe zukunftsorientierter Wirtschaftspolitik für den Standort Schleswig-Holstein besteht darin, die *Innovationsfähigkeit der Unternehmen* durch eine moderne Infrastruktur und gezielte Förderung zu stärken. Die Technologie- und Innovationspolitik der Landesregierung ist darauf ausgerichtet, die *technologische Kompetenz* der Unternehmen weiter zu entwickeln, *Innovationsprozesse* anzustoßen und die schnelle Umsetzung neuer Erkenntnisse und Ideen in *marktfähige Produkte und Dienstleistungen* zu unterstützen und zu beschleunigen. Damit soll die Wettbewerbsfähigkeit der schleswig-holsteinischen Wirtschaft im 21. Jahrhundert gesichert werden.

Schleswig-Holstein hat in den vergangenen zehn Jahren ein differenziertes und leistungsfähiges Netz aus Einrichtungen für Technologietransfer und Innovationsunterstützung aufgebaut. Das heutige **Technologie-Transfer-Netz** besteht im wesentlichen aus fünf Elementen:

- Technologiestiftung Schleswig-Holstein (TSH),
- Technologie-Transfer-Zentrale (ttz),
- 11 Technologie- und Gründerzentren,
- Technologie-Transfer-Beauftragte der Hochschulen,
- Forschungs- und Entwicklungs-Gesellschaften der Hochschulen

Diese technologiepolitische Infrastruktur wird ergänzt durch spezielle Förderungs- und Finanzierungsinstitute, die unter anderem Wagniskapital bereitstellen, wie die **Mittelständische Beteiligungsgesellschaft (MBG)** oder der neu gegründete **Innovationsfonds Schleswig-Holstein & Hamburg**. Eine solche Infrastruktur bildet ausgezeichnete Voraussetzungen für Unternehmens-

gründungen und ein attraktives Umfeld für kleine und mittelständische High-Tech-Unternehmen.

Evaluierung des Technologie-Transfer-Systems

Die Wettbewerbsbedingungen für die Unternehmen haben sich dynamisch weiterentwickelt. Damit haben sich in den letzten Jahren auch Umfeld und Anforderungen des Technologie-Transfers stark gewandelt. Mit dem Ziel, das Technologie-Transfer-System auf Grundlage einer selbstkritischen Untersuchung den aktuellen Anforderungen anzupassen, hat die Landesregierung im Juli 1997 einen externen Gutachter mit der Evaluierung des Technologie-Transfer-Systems in Schleswig-Holstein beauftragt. Die Landesregierung entsprach damit auch einer Entschließung des Schleswig-Holsteinischen Landtages vom September 1997, die bisherigen Strukturen des Technologietransfers weiterzuentwickeln und insbesondere die wirtschaftsnahe Transferberatung zu verstärken.

Das Gutachten gab Aufschluß über die Struktur des Bedarfs der Firmen an innovationsunterstützenden Dienstleistungen und die Inanspruchnahme des öffentlichen Angebots. Im Ergebnis wurde festgestellt, daß der Bedarf über reine Technologie-Transfer-Dienstleistungen weit hinausgeht. Finanzierung, Unterstützung bei Projektmanagement, Marketing und Vermarktung, Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Anpassung der Arbeitsorganisation spielen neben den Technologiefragen eine immer größere Rolle.

Bei einem positivem Gesamturteil über das bestehende Technologietransfer-System identifizierte der Gutachter aber auch Handlungsfelder, in denen das System noch verbessert werden kann. Zu den Empfehlungen gehörten eine bessere Koordination der vielfältigen innovationsunterstützenden Dienstleistungen, die stärkere Vernetzung des Angebots und eine engere Abstimmung der Förderinstrumente. Die Gutachter schlugen vor, die aktive Ansprache der Unternehmen zu intensivieren und so eine Stärke des

schleswig-holsteinischen Systems weiterzuentwickeln. Schließlich regten sie an, für alle innovationsunterstützenden Dienstleistungen in Schleswig-Holstein ein gemeinsames Markenzeichen zu entwickeln. Die Ergebnisse des Gutachtens wurden in vier themenbezogenen Arbeitsgruppen mit Vertreterinnen und Vertretern von Hochschulen, Forschungsinstituten, Kammern, Verbänden und Technologie-Transfer-Einrichtungen beraten. Dieser Dialog mündete in Empfehlungen an die Landesregierung. Ein Maßnahmenkatalog wurde zum Jahresende 1998 fertiggestellt und soll in 1999 umgesetzt werden.

Weiterer Ausbau der technologischen Infrastruktur

Im Jahr 1998 wurde die flächendeckende Versorgung Schleswig-Holsteins mit Technologiezentren weiter vorangetrieben. Das **Technik- und Ökologiezentrum Eckernförde (TÖZ)** wurde ausgebaut und das **Centrum für angewandte Technologien (CAT)** in Meldorf eröffnet. In Rendsburg entsteht das **Zentrum für Energie und Technik (ZET)**. Und in Kiel wurden die Voraussetzungen für die Erweiterung des **Kieler Innovations- und Technologiezentrums (KITZ)** geschaffen.

Die gezielte Förderung von besonders zukunftssträchtigen Technologiebereichen wie Biotechnologie, Mikrosystemtechnik, Software-Engineering, Informations- und Kommunikationstechnik sowie Medizintechnik wurde mit der **Technologie-Initiative Schleswig-Holstein** fortgesetzt. Vier Technologiezentren und die Technologie-Transfer-Zentrale nehmen als **Technologie-Broker** Marketing- und Vermittlungsaufgaben wahr. Für die Technologie-Initiative hat die Landesregierung insgesamt 1,6 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Sonderprogramm „Innovation schafft Arbeit“

Im Mai 1998 hat die Landesregierung das **Sonderprogramm Innovation schafft Arbeit** verabschiedet. Aus dem Programm sollen durch gezielte Maßnahmen die Innovationskraft des Technologiestandorts Schleswig-Holstein gestärkt und zugleich die Schaffung neuer zukunftsfähiger Arbeitsplätze unterstützt werden. In den Jahren 1999 bis 2001 werden insgesamt 25,5 Millionen Mark zusätzlich bereitgestellt für

- betriebliche Innovationsförderung,
- Anwendung moderner Multimedia-Techniken in der Wirtschaft,

- Förderung des elektronischen Geschäftsverkehrs und
- Entwicklung des Mikroelektronik-Standorts Itzehoe.

Beispielhafte Projekte der Technologieförderung

Die mit der betrieblichen Technologieförderung beauftragte **Technologie-Transfer-Zentrale Schleswig-Holstein GmbH (tz SH)** hat im Berichtsjahr 88 Projekte bewilligt, davon 41 Projekte im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe **Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur**. Die Zuschüsse beliefen sich auf insgesamt über 7,6 Millionen Mark bei einem Projektvolumen von etwa 23,8 Millionen Mark.

Im Rahmen des **Innovationsassistentenprogramms** stellte die Landesregierung 1998 eine Million Mark aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe **Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur** zur Verfügung. Aus dem Programm wird die Ersteinstellung von Hochschulabsolventinnen und -absolventen in kleinen und mittleren Unternehmen gefördert. Hierdurch wird die Innovationskraft der Unternehmen gestärkt und die Beschäftigungschancen für Akademikerinnen und Akademiker verbessert. Um die Chancen von qualifizierten Frauen zu verbessern, wird für die Einstellung von Hochschulabsolventinnen ein erhöhter Zuschuß gewährt.

Im Jahr 1998 wurden 29 Projekte bewilligt.

Im Bereich der Förderung moderner, zukunftsweisender Technologien wurde die Entwicklung eines weltweit einmaligen, umweltfreundlichen und kostengünstigen Verfahrens zur Verbesserung der Eigenschaften von elastischen Kunststoffen und Kieselsäuren mit 800.000 Mark gefördert. Das Projekt wird von einem jungen, dynamisch wachsenden und forschungsintensiven Chemieunternehmen vorangetrieben, das zukunftsorientierte Arbeitsplätze schafft und mit dem Projekt seine technologische Kompetenz nachhaltig stärkt.

Die Landesregierung hat die Beteiligung von schleswig-holsteinischen Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Hochschulen an Gemeinschaftsständen auf fünf wichtigen **Technologiemessen** in Deutschland, unter anderen CeBIT und Hannover Messe, gefördert. Besonders für kleine und junge Unternehmen bildete die durch die Förderung er-

mögliche Messeteilnahme eine wichtige Hilfe für den Markteinstieg.

Aus dem Landes-Programm zur wirtschaftsnahen Forschung wurden 1998 drei neue Projekte gefördert:

- **Standortkonzept Mikroelektronik**
Ziel ist die Entwicklung eines Standortkonzeptes zur Beschleunigung der Planung, Finanzierung, Errichtung und Produktionsaufnahme öko-effizienter Halbleiter-Produktionen am Standort Itzehoe. Die Gesamtkosten betragen rund 1 Million Mark.
- **Patentanalysen**
Mit diesem Vorhaben soll Unternehmen der Weg aufgezeigt werden, wie Patentinformationen für die strategische Planung von Forschung und Entwicklung sowie zur Wettbewerberbeobachtung genutzt werden können.
- **Sensor-Chipkarte**
Ziel dieses Projekts ist die Entwicklung einer Sensor-Chipkarte für die schnelle Vor-Ort-Analytik von Gewässern.

Die Förderung der Beratung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Bereich moderner Technologien und bei Strukturveränderungen war 1998 auf drei Vorhaben konzentriert. Schwerpunkte der Projekte waren die Untersuchung des technikinduzierten Qualifikationsbedarfs, IuK-Techniken und die Entwicklung von betrieblichen Innovationsstrategien.

Telekommunikation und Multimedia

Bereits heute ist über die Hälfte aller Erwerbstätigkeiten durch Informationsarbeit geprägt. Diese Entwicklung stellt Wirtschaft, Wissenschaft und Politik vor neue Herausforderungen. Die Aufgabe der Politik besteht vor allem darin, zusammen mit den gesellschaftlichen Akteuren regional angepaßte Strategien zu entwickeln, um die Chancen von Telekommunikation und Multimedia zu nutzen.

Schleswig-Holstein ist auf dem Weg in die Informationsgesellschaft ein gutes Stück vorangekommen.

Der Bereich Telekommunikation und Multimedia gehört zu den Technologiefeldern, in denen Schleswig-Holstein überdurchschnittli-

che entwicklungsfähige Potentiale in Wirtschaft und Wissenschaft hat. Bereits heute ist Schleswig-Holstein Standort für viele technologisch bedeutende Unternehmen geworden.

Der im Rahmen des europäischen RISI-Projekts (*Regional Information Society Initiative*) entwickelte Strategie- und Aktionsplan ist von einem hochrangig besetzten Lenkungsausschuß unter der Leitung der Ministerpräsidentin angenommen worden. Gleichzeitig wurden 25 Leitprojekte aus neun Handlungsfeldern beschlossen, die im Rahmen der Initiative Informationsgesellschaft der Landesregierung ab 1999 umgesetzt werden sollen.

Anfang 1998 hat die Landesregierung gemeinsam mit der Deutschen Telekom AG die Initiative Multimedia Schleswig-Holstein gestartet. Sie soll die Entwicklung und die Anwendung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien (IuK) auch in kleinen und mittleren Unternehmen des Landes fördern. Kernbereiche der Initiative sind:

- Bildung, Qualifizierung, Wissenschaft;
- Arbeitswelt und kleine und mittlere Unternehmen;
- Stärkung der Regionen durch IuK-Technologien;
- bürgernahe, serviceorientierte öffentliche Verwaltung.

Zu den bisher begonnenen Projekten gehören die Einführung des *elektronischen Geschäftsverkehrs* in kleinen und mittleren Unternehmen und bessere und kostengünstigere *Internetanbindungen* für schleswig-holsteinische Schulen.

Das von der Landesregierung seit April 1997 betriebene Internet-Projekt Schleswig-Holstein Forum hat das Ziel, ein umfassendes Landesinformationssystem zu schaffen. Dieser elektronische Marktplatz wird auch der schleswig-holsteinischen Wirtschaft gute Möglichkeiten bieten, sich weltweit zu präsentieren, Kooperationen einzugehen und neue Märkte zu erschließen. Das Forum soll im Jahre 1999 auf der Basis einer Betreibergesellschaft neu formiert und ausgebaut werden.

Technologietransfer im Hochschulbereich

Der Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft hat für die Hochschulen und Forschungsinstitute in Schleswig-Holstein weiter an Bedeutung gewonnen. Dies machen die steigenden Einnahmen seitens privater Drittmittelgeber deutlich. Ihr Anteil am gesamten Drittmittelaufkommen der Hochschulen betrug 1997 fast 25 Prozent. Auch 1998 hat es eine Vielzahl von Kooperationen mit der Wirtschaft gegeben.

Wichtige Aktivitäten im Bereich des Technologietransfers im Jahr 1998:

- Es wurde ein Konzept für ein **Zentrum für angewandte Meereswissenschaften (ZAM)** an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) erarbeitet. Das Zentrum wird in engem Kontakt zu den Meeresforschungsinstituten in Schleswig-Holstein und gemeinsam mit Unternehmen wirtschaftsnahe Projekte bearbeiten. Es soll an den Förderprogrammen des Bundes und der Europäischen Union partizipieren.
- Die Universität Kiel hat 1998 einen **Kooperationsvertrag mit der TUTech (TUHH-Technologie GmbH, Hamburg-Harburg)** geschlossen. Die TUTech übernimmt in einem in Kiel eingerichteten Büro für die Christian-Albrechts-Universität das **Projektmanagement von Forschungs- und Entwicklungs-Aufträgen** und die **Verwertung von Forschungsergebnissen über Patente und Lizenzen**.
- An der von der Fachhochschule Lübeck, der Technologiestiftung und regionalen Firmen gegründeten **Projekt-GmbH** liefen **16 Technologietransfer-Projekte** mit zehntechnischen Unternehmen und einem Umsatz von **300.000 Mark**.
- An den Lübecker Hochschulen hat sich das **Multimedia-Entwicklungszentrum Schleswig-Holstein (MESH)** als überregionaler Interessenverbund für moderne Kommunikations- und Informationsverarbeitungssysteme etabliert.
- In Heide hat sich die **HEI-Tech GmbH** gegründet. Gesellschafter sind Professoren und Mitarbeiter der Fachhochschule Westküste. Die HEI-Tech GmbH will

Hochschulkompetenz für Wirtschaft und Technik vermarkten.

- **Existenzgründungen aus Hochschulen:** Unter diesem Motto haben sich mehrere Hochschulen, die GKSS, die Technologie-Transferzentrale, die Investitionsbank und die Technikzentren in Kiel und Lübeck zu einer Antrags-Partnerschaft zusammengeschlossen. Die Medizinische Universität und die Fachhochschule Lübeck haben das Projekt „Beschleunigung des Innovationstransfers durch Produktfindung und Existenzgründungen“ ausgearbeitet; das Projekt wird aus Mitteln der Technologiestiftung und des Hochschulsonderprogramms III gefördert. Ein weiteres Projekt der Fachhochschule Kiel „Förderung von innovativen Existenzgründungen“ wird im Rahmen des EU-Programms ADAPT durchgeführt.

Berufliche Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung

Ausbildungsplatzsituation 1998

Die Ausbildungsplatzbilanz in Schleswig-Holstein war 1998 positiv. Trotz einer weiterhin steigenden Nachfrage nach Ausbildungsplätzen waren Ende September 1998 bei den Arbeitsämtern mehr freie Ausbildungsplätze als noch nicht vermittelte Bewerber und Bewerberinnen gemeldet. Damit nahm Schleswig-Holstein im Bundesvergleich auch im Jahr 1998 wieder einen Spitzenplatz ein.

Ende September 1998 standen 20.653 gemeldeten Bewerbern 20.807 angebotene Ausbildungsplätze gegenüber. 550 Jugendliche suchten noch einen Ausbildungsplatz, 704 Ausbildungsstellen waren noch nicht besetzt.

Nach jahrelangem Rückgang der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge hat sich der 1997 eingesezte Aufwärtstrend auch 1998 fortgesetzt. Mit 20.103 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen, das sind 2,7 Prozent mehr als im Vorjahr, wurde erstmals seit 1992 die Grenze von 20.000 Ausbildungsverträgen überschritten.

Angesichts der steigenden Zahl der Schulabgänge der allgemeinbildenden Schulen muß die künftige Ausbildungsplatzsituation als angespannt bezeichnet werden. In den nächsten zehn Jahren werden die Jugendlichen, die die Schule verlassen, von 27.200 (1998) um rund ein Viertel auf 34.400 im Jahr 2008 zunehmen. Dies bleibt für den Lehrstellenmarkt eine erhebliche Herausforderung.

Bündnis für Ausbildung '98

Die Berufsbildungspolitik der Landesregierung setzt auf den Konsens mit der Wirtschaft, den Kammern, Verbänden, Gewerkschaften und der Arbeitsverwaltung. Im Rahmen des Bündnis für Ausbildung 1998, getragen von den genannten Institutionen, wurden 521 zusätzliche Ausbildungsplätze im dualen System geschaffen. Dies entspricht einer Steigerung von 2,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Damit hat das Bündnis das für 1998 gesetzte Ziel erneut erreicht.

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Schleswig-Holstein				
Bereiche	September 1998	September 1997	Veränderungen gegenüber 1997	
			absolut	in Prozent
1. Industrie und Handel	8.664	8.193	471	5,7 %
2. Handwerk	7.620	7.545	75	1,0 %
3. Freie Berufe	2.121	2.164	- 34	- 2,0 %
4. Agrarwirtschaft	713	737	- 24	- 3,3 %
5. Öffentlicher Dienst	622	619	3	0,5 %
6. Hauswirtschaft	338	297	41	13,3 %
7. Seeschifffahrt	25	27	- 2	- 7,4 %
Schleswig-Holstein insgesamt	20.103	19.582	521	2,7 %

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung

Maßnahmen des Bündnis für Ausbildung 1998

Die Akquisitionsbemühungen der Bündnispartner wurden unterstützt

- durch ein Programm der Landesregierung zur Verbesserung der Ausbildungs- und Beschäftigungssituation, u.a. durch das Projekt *Migranten schaffen Lehrstellen*;
- durch Informationsveranstaltungen und Werbemaßnahmen;
- durch den Einsatz von haupt- und nebenamtlichen Lehrstellenakquisiteuren bei den Kammern. Persönlichkeiten aus der Wirtschaft haben sich als „Lotsen für Lehrstellen“ an der Aktion beteiligt.

Zur Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit wurden

- Betriebspraktika, Werkstattunterricht, Berufsinformationsveranstaltungen und berufsvorbereitende Maßnahmen durchgeführt sowie ausbildungsbegleitende Hilfe angeboten und
- zwei Fachtagungen der Landesregierung, für Vertreter der Wirtschaft, Schulen und Verwaltung veranstaltet.

Ausbilden im Verbund jetzt landesweit: 1998 ist es gelungen, die Flensburger Initiative *Ausbildung im Verbund e. V.* durch Kooperationen mit regional tätigen Trägern landesweit zu etablieren. An der Verbundausbildung beteiligten sich 68 Betriebe; 34 zusätzliche Ausbildungsplätze wurden geschaffen. Das Wirtschaftsministerium förderte die dem Trägerverein durch Organisation und Koordination der Verbundausbildung entstehenden Kosten.

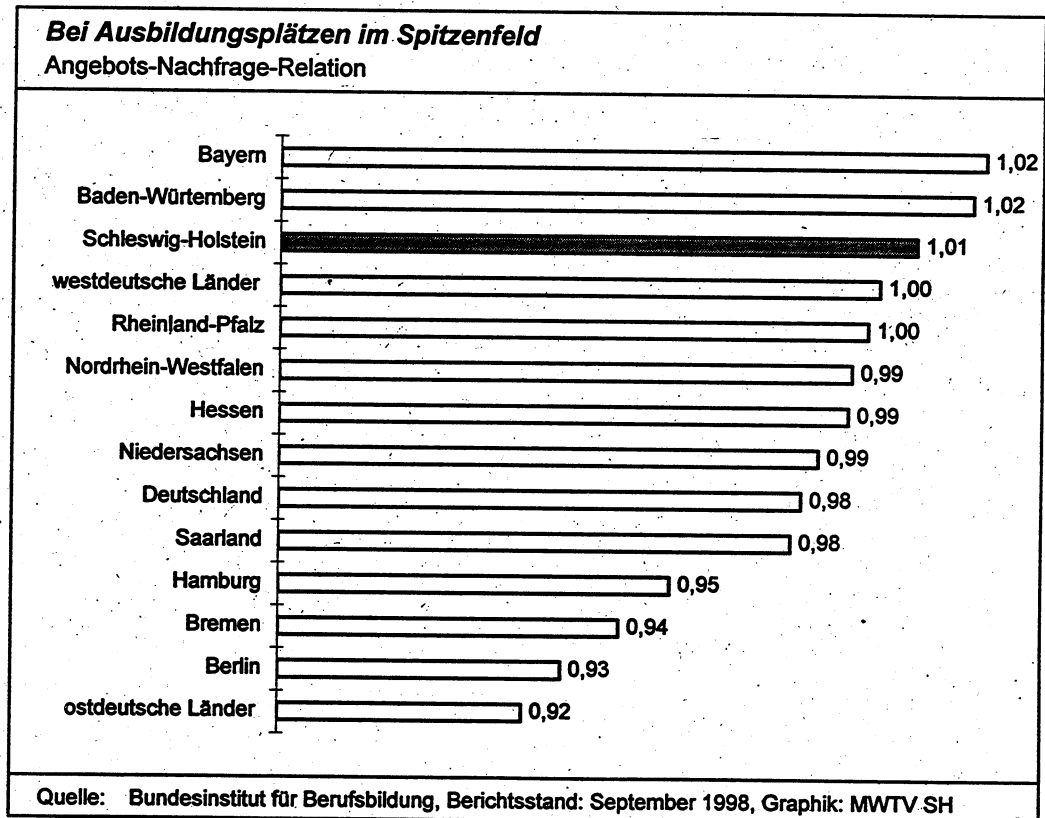
Lernortkooperationen:

Sie ermöglichen eine bessere Abstimmung zwischen Berufsschule und überbetrieblicher Ausbildung.

1998 konnten im Handwerk weitere Lernortkooperationen eingerichtet werden, so im Elektrohandwerk (Kreis Stormarn), in der Kraftfahrzeugtechnik (Kreis Segeberg), im Metallbereich (Lübeck), im Sanitär-, Heizungs- und Klimabereich (Garding) und im Landmaschinenmechanikerhandwerk (Rendsburg).

Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung:

Für die Förderung der überbetrieblichen Ausbildung hat die Landesregierung insgesamt 6 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Zur Mitfinanzierung kamen 2,5 Millionen Mark aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds.



Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen
Um den endgültigen Ausstieg aus der Ausbildung und den Einstieg in die Arbeitslosigkeit zu vermeiden, fördert die Landesregierung dreizehn Ausbildungsbetreuerinnen und -betreuer. Das Förderprogramm zur Einstellung von Ausbildungsabbrecherinnen und -abbrechern unterstützt ihre intensive Arbeit mit den Jugendlichen.

Weiterbildung

Konzept zur Verbesserung der Weiterbildungsinfrastruktur liegt vor.

Das Konzept beruht auf den Erkenntnissen aus verschiedenen Modellversuchen in den vergangenen Jahren. Es wurde Anfang 1998 vom Wirtschaftsministerium vorgelegt und in der *Interministeriellen Arbeitsgruppe Weiterbildung* abgestimmt. Aus dem Konzept werden Handlungsfelder zur Verbesserung der Weiterbildungsinfrastruktur abgeleitet. Die Landesregierung sieht darin einen maßgeblichen Beitrag, die Weiterbildung zur *vierten Säule im Bildungssystem* auszubauen.

Das Konzept zur Verbesserung der Weiterbildungsinfrastruktur besteht aus drei Kernbereichen:

- **Verbesserung von Information und Beratung über Weiterbildung**
Durch bessere Information soll sowohl kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) als auch den interessierten Bürgerinnen und Bürgern der Weiterbildungsmarkt transparenter gemacht werden. Insbesondere KMU benötigen bei ihren Weiterbildungsbemühungen darüber hinaus qualifizierte Beratung, um wettbewerbsfähig zu bleiben.
- **Mehr Kooperation und Koordination der Weiterbildungsträger**
Die Weiterbildungsinformation und -beratung sowie die Kooperation der Weiterbildungsinstitutionen sollen künftig im Rahmen *regionaler Weiterbildungsverbände* verstärkt gefördert werden. Durch Einbindung in regionale Strukturen sollen Angebot und Qualität der Weiterbildung bedarfsgerecht entwickelt und vorhandene Ressourcen effektiver genutzt werden. Weiterbildungsverbände sind regionale Integrationsforen. Sie sollen den Dialog in und mit den Regionen, mit Experten und auch mit der regionalen Beschäftigungs- und Strukturpolitik vertiefen. Von den zehn geplanten Weiterbildungsverbänden hatten Ende 1998 neun Verbände ihre

Arbeit aufgenommen. Die Landesregierung fördert die Verbände in den Jahren 1998 und 1999 mit rund 1,53 Millionen Mark.

- **Mehr Qualität durch Weiterentwicklung von Qualitätsstandards**

Die im *Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetz (BFQG)* als Voraussetzung für die staatliche Anerkennung von Weiterbildungsträgern definierten Qualitätsnormen sollen dynamisch weiterentwickelt werden. Hierzu werden die *Kommission Weiterbildung*¹ und die regionalen Weiterbildungseinrichtungen ihren Erfahrungsaustausch intensivieren. Qualitätsstandards werden immer bedeutsamer. Bisher wurden in Schleswig-Holstein 40 Trägern und 33 Einrichtungen der Weiterbildung die staatliche Anerkennung verliehen. Die nach dem BFQG vorgesehene staatliche Anerkennung von einzelnen Veranstaltungen oder Seminaren hat ebenfalls zunehmende Tendenz. Im Jahr 1997 wurden 2.850, 1998 rund 3.600 Veranstaltungen anerkannt. 1997 nahmen fast 83.000 Teilnehmer, darunter 31.750 Frauen, an den Seminaren teil. 7.670 Beschäftigte nahmen ihren gesetzlichen Anspruch auf Bildungsfreistellung wahr.

Schleswig-Holstein verfügt über ein flächendeckendes Netz von Trägern und Einrichtungen der Weiterbildung und Berufsbildungsstätten. Die Landesregierung förderte Bau, Ausstattung und Modernisierung der Berufsbildungsstätten 1998 mit Investitionszuschüssen in Höhe von 4,52 Millionen Mark. Im Rahmen des Investitionsprogramms der Landesregierung *Arbeit, Bildung, Innovation* soll die Modernisierung durch neue Informations- und Kommunikationstechnologien vorgebracht werden.

Die Landesregierung unterstützt die Weiterbildung bestimmter Zielgruppen mit flankierenden Programmen. Ein Beispiel ist das Programm *Weiterbildungsmaßnahmen zum beruflichen Wiedereinstieg für Frauen*, das seit 1993 mit Erfolg durchgeführt wird. Das flächendeckende Kursangebot richtet sich an Frauen, die nach einer längerfristigen, häufig familienbedingten Berufsunterbrechung wieder in das Erwerbsleben zurückkehren möchten. 1998 fanden 45 Kurse an 35 Orten mit 500 Teilnehmerinnen statt. 65 Prozent der

¹ Die Kommission Weiterbildung setzt sich insbesondere zusammen aus Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, der Aus- und Weiterbildungsstätten, der Kommunen, der Arbeitsverwaltung und der Kirchen. Sie berät die Landesregierung in Fragen der Weiterbildung.

Teilnehmerinnen haben ein halbes Jahr nach Beendigung der Maßnahme eine Arbeit, Ausbildung, Fortbildung oder Umschulung aufgenommen.

Fortbildung im Rahmen des Meister-BAföG

Nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) wurden 1.580 Anträge auf Förderung von Fortbildungen zum Meister/zur Meisterin oder zum Fachwirt/zur Fachwirtin gestellt. Das Land hat für die Durchführung des Gesetzes 1,9 Millionen Mark - Bundesmittel eingeschlossen - zur Verfügung gestellt.

Wirtschafts- und technikbezogene Hochschulstudienangebote

Im Rahmen der Multimedia-Initiative der Landesregierung haben die Hochschulen des Landes die Herausforderungen der Informations- und Wissensgesellschaft aufgenommen und bieten nun verstärkt multimedial aufbereitete Lehr- und Lerneinheiten, aber auch komplette Studiengänge im Bereich der Informations- und Kommunikationswissenschaften an. Die hervorragenden Berufsaussichten und der steigende Bedarf des Arbeitsmarktes haben von Anfang an zu hohen Auslastungen der neuen Studienangebote geführt.

Trotz der angespannten Finanzlage des Landes ist es den Hochschulen gelungen, ohne zusätzliche Landesmittel ein attraktives und innovatives Studienangebot zu schaffen. Die Auslastung der Ingenieur-Studiengänge ist zum Teil unbefriedigend. Daher haben insbesondere die Hochschulen verstärkt für diese Studiengänge geworben. Es ist noch nicht klar erkennbar, ob eine durchgängige Trendwende erreicht werden kann.

Neue wirtschaftsbezogene Studiengänge im Bereich der Neuen Medien

An der Fachhochschule Flensburg wird ab dem Wintersemester 1998/99 der Studiengang **Informatik** mit den Studienrichtungen **Technische Informatik** (20 Studienplätze) und **Medieninformatik** (40 Studienplätze) angeboten. An der Fachhochschule Kiel wird ein Studiengang **Medienproducer** vorbereitet (35 Studienplätze). Geplant ist ein Studiengang **Medien und Gestaltung** an der Fachhochschule Lübeck. Auch die Informatik der Medizinischen Universität Lübeck

plant einen Studienschwerpunkt **Medieninformatik**.

Virtuelle Fachhochschule

Ein herausragendes Ereignis war Ende 1998 die Bewilligung des Vorhabens **Virtuelle Fachhochschule** durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung. Es ist eines der großen Leitprojekte des Bundes im Bereich multimedialen Lehrens und Lernens im weltweiten Kommunikationsnetz. Von diesem Projekt werden nicht nur Impulse für das Hochschulsystem erwartet, sondern auch positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft des Landes.

Unter der Federführung der Fachhochschule Lübeck wird mit 43 Millionen Mark Bundesmitteln innerhalb von fünf Jahren ein komplettes, international ausgerichtetes Studienangebot in den Bereichen des **Wirtschaftsingenieurwesens** und der **Informatik** entwickelt. Ein Konsortium von elf Fachhochschulen aus Norddeutschland, der Medizinischen Universität Lübeck, der Unternehmensverbände Schleswig-Holstein, dem DGB Nordmark und Wirtschaftsunternehmen wird sich mit der **Virtuellen Fachhochschule** dem globalen Bildungs- und Fortbildungsmarkt öffnen. Eine intensive Kooperation mit süd-schwedischen Hochschulen in Lund, Malmö, Kristianstad und Alnarp ist geplant. Ziel ist eine **Southern Baltic Sea Open University** als Beitrag für eine europäische Bildungsunion.

Verkehrspolitik für Schleswig-Holstein

Europäische Verkehrs- politik

Die Arbeiten zur Fortschreibung und Ergänzung der EU-Leitlinien für ein Transeuropäisches Verkehrsnetz wurden fortgesetzt. Neu aufgenommen werden sollen Aussagen zu Seehäfen, Binnenhäfen und intermodalen Terminals. Bei der Fortschreibung stehen die Osterweiterung der Europäischen Union, **Umweltaspekte** und die Festlegung von prioritären Vorhaben im Vordergrund.

Auf Initiative der Landesregierung hat der Bundesrat im Berichtsjahr die Bedeutung der Seehäfen, des Umweltschutzes und der **Ausweisung der Ostseeregion** als europäisches Verkehrsgebiet bekräftigt.

Die Landesregierung hat begrüßt, daß die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union im **Amsterdamer Vertrag dem Umweltschutz** besonderes Gewicht verliehen haben. Sie unterstützt entsprechende Strategien in den verschiedenen Politikbereichen, wie die Entwicklung eines Gemeinschaftskonzeptes zu Verkehr und CO₂-Emissionen oder zur Entsorgung von Schiffsabfällen und Ladungsrückständen.

Internationale Verkehrsader Vogelfluglinie

Die 1995 vom Königreich Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland in Auftrag gegebenen umfangreichen Untersuchungen zum **Fehmarnbelt** wurden im Berichtsjahr fortgesetzt und sollen Anfang 1999 abgeschlossen werden. Die Untersuchungen bestehen aus einer Machbarkeitsstudie zu Geologie, Technik und Umwelt, einer Studie zur Verkehrsnachfrage und -prognose, einer Umweltuntersuchung der Anschlußstrecken auf Straße und Schiene sowie einer sozio-ökonomischen Studie über die regionalwirtschaftlichen Auswirkungen einer möglichen festen Fehmarnbelt-Verbindung.

Nach der wirtschaftlichen Bewertung aller Lösungsmöglichkeiten, einschließlich eines optimierten Fährschiffkonzeptes, wird voraussichtlich ab Mitte 1999 der verkehrspolitische Entscheidungsprozeß eingeleitet werden. Bei

einer positiven Bilanz aller verkehrlichen, wirtschaftlichen, beschäftigungspolitischen und ökologischen Effekte wird die Landesregierung kurzfristig eine Entscheidung für eine kombinierte Schienen-/Straßenquerung herbeiführen.

Integriertes Güterverkehrskonzept

Schleswig-Holstein hat 1998 als erstes Bundesland den Referentenentwurf für ein **integriertes Güterverkehrskonzept** erarbeitet. In dem Konzept werden

- alle im Lande vorhandenen Verkehrsträger (Wasser, Schiene, Straße, Luft) berücksichtigt;
- wirtschafts-, umwelt- und sozialpolitische Aspekte integriert;
- alle am Güterverkehr teilnehmenden Akteure beteiligt und
- die Bedeutung des Güterverkehrs als Logistikdienstleistung für den Wirtschaftsstandort und die Entwicklung der Dienstleistungsgesellschaft in Schleswig-Holstein hervorgehoben.

Auf Basis einer Analyse des Ist-Zustandes und einer Prognose der Verkehrsentwicklung bis zum Jahr 2010 werden in dem Konzept verkehrspolitische Maßnahmen und Positionen der Landesregierung bis zum Jahr 2010 dargestellt. Nach einer öffentlichen Anhörung soll das integrierte Güterverkehrskonzept bis zum Sommer 1999 von der Landesregierung verabschiedet werden.

Schienenwege

Wichtige Schienenverkehrsprojekte in Schleswig-Holstein:

- **Ausbau der AKN-Eisenbahnstrecke**
Auf der Achse zwischen Kaltenkirchen und Hamburg-Eidelstedt sind die Bauarbeiten für den zweigleisigen Ausbau im Abschnitt zwischen Ulzburg-Süd und Kaltenkirchen fortgesetzt worden. Sie

sollen zur Mitte des Jahres 2000 abgeschlossen sein.

- **Elektrifizierung der Ausbaustrecke Hamburg - Lübeck (- Puttgarden)**
Die Elektrifizierung der Teilstrecke Hamburg - Lübeck ist Vorlaufprojekt für die im Bundesverkehrswegeplan als länderübergreifendes Projekt ausgewiesene Ausbaustrecke Hamburg - Kopenhagen. Die Maßnahme soll aus Mitteln des Bundes-schieneausbaugesetzes finanziert werden. Für die Aufnahme der vorbereitenden Gespräche mit dem Bundesverkehrsministerium haben Schleswig-Holstein und Hamburg vereinbart, eine Arbeitsgruppe zu bilden. Die Maßnahme wird die Verkehrsbeziehungen zwischen den Häfen Hamburg und Lübeck bedeutend verbessern.
- **Beseitigung des Schienenengpasses auf der Strecke Pinneberg - Elmshorn**
Der zweigleisige Abschnitt Pinneberg - Elmshorn stellt einen gravierenden Engpaß in der Schieneninfrastruktur des norddeutschen Raumes dar. Die Engpaß-situation wird sich nach Öffnung der festen Querung des Öresund durch zusätzliche Güterverkehre aus Schweden und Norwegen weiter verstärken. Für die bis 2002 vorgesehenen Umbaumaßnahmen mit Bau eines Überholungsgleises im Bahnhof Elmshorn haben die Vorbereitungen für das Planfeststellungsverfahren begonnen. Das Verfahren soll Anfang 1999 eingeleitet werden; der Baubeginn ist im Jahr 2000 geplant. Im Folgezeitraum von 2003 bis 2007 soll die verschränkte Dreigleisigkeit dieser Teilstrecke hergestellt werden, wobei sich die Landesregierung für eine kurzfristigere Realisierung einsetzen wird.
- **Ausbau der Bahnstrecke Lübeck/ Hagenow-Land - Rostock - Stralsund**
Für dieses Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 1 wurden die Bauarbeiten auf der Teilstrecke Lübeck - Hermburg (Landesgrenze) aufgenommen. Die Inbetriebnahme der Teilstrecke ist für Februar 2000 vorgesehen. Eine Elektrifizierung dieser Strecke erfolgt zunächst nicht. Voraussetzung für den elektrischen Lückenschluß zwischen Lübeck und Bad Kleinen ist die Elektrifizierung der Strecke Hamburg - Lübeck.
- **Knotenuntersuchung Hamburg**
Die im Jahr 1994 zwischen dem Bund, den Ländern Schleswig-Holstein, Ham-

burg und Niedersachsen und der Deutschen Bahn AG vereinbarte Untersuchung erfolgt in drei Stufen.

Stufe 1: Die Schwachstellenanalyse ist fertiggestellt.

Stufe 2: Eine umfassende Knotenuntersuchung nach neuester Methode ist durch die Deutsche Bahn AG in Auftrag gegeben worden. Die Ergebnisse sollen in der ersten Hälfte 1999 vorliegen.

Stufe 3: Die Ergebnisse der Knotenuntersuchung (Stufe 2) sollen mit den Erkenntnissen aus den Studien zur Verkehrsnachfrage und Machbarkeit einer möglichen festen Fehmarnbelt-Querung verknüpft werden.

Straßeninfrastruktur

Die Realisierung des durch Schleswig-Holstein führenden Teils der Bundesautobahn A 20 (Ostseeautobahn) ist sichtbar fortgeschritten.

Im ersten Teilabschnitt südlich Lübecks von der Bundesautobahn A 1 bis zur Landesstraße L 92 konnte im Juni 1998 der Baubeginn erfolgen.

Für die sich östlich anschließenden Teilabschnitte von der Landesstraße L 92 bis zur Landesstraße L 2 in Mecklenburg-Vorpommern werden zur Zeit die parzellenscharfen Bauentwürfe unter besonderer Berücksichtigung des europäischen Naturschutzrechtes erstellt. Die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens ist noch für 1999 vorgesehen.

Für die westliche Fortsetzung der Ostseeautobahn über die Bundesautobahn A 1 hinaus sind die erforderlichen Untersuchungen zur Linienführung bis in den Bereich Bad Segebergs eingeleitet worden.

Die Entscheidung über den Verlauf der Trasse wird für die einzelnen Streckenabschnitte im förmlichen Linienbestimmungsverfahren durch den Bundesminister für Verkehr erfolgen. Die Linienbestimmungsverfahren sind für die Jahre 1999 und 2000 vorgesehen.

Die westliche Weiterführung der A 20 von der A 1 bei Lübeck bis zur A 1 bei Zeven (Niedersachsen) ist mit einer festen Elbquerung als großräumige Nord-West-Umfahrung von Hamburg im aktuellen Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen enthalten.

Für dieses Verkehrsprojekt hat die Landesregierung eine verkehrswirtschaftliche Untersuchung in Auftrag gegeben, um geeignete

Trassenkorridore zu ermitteln und eine mögliche Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene durch eine zusätzliche Schieneneibquerung zu prüfen. Ferner wurde geprüft, inwieweit die Elbquerung für die Finanzierung durch einen privaten Betreiber geeignet ist. Die Ergebnisse des Gutachtens wurden Anfang des Jahres 1998 vorgelegt.

Die Empfehlung der Gutachter, der weiteren Planung die Hamburg-nahe *Variante III* (westlich von Wedel) zugrunde zu legen, ist auf ein differenziertes öffentliches Echo gestoßen.

Eine Kabinettsbefassung zur Nord-West-Umfahrung einschließlich Elbquerung und zum weiteren Vorgehen ist für das erste Quartal 1999 vorgesehen.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

ÖPNV auf der Schiene

Nach der Bahnstrukturreform und der Regionalisierung des ÖPNV liegt die Verantwortung für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) seit 1996 beim Land Schleswig-Holstein.

Die *Landesweite Verkehrs-service-Gesellschaft Schleswig-Holstein mbH (LVS)* in Kiel unterstützt das Land bei der Aufgabenerfüllung. Der erste *Landesweite Nahverkehrsplan für den Schienenpersonennahverkehr (LNVP)* von 1997 definiert Umfang, Qualität, Kosten und Finanzierung der geplanten Ausbaumaßnahmen des SPNV bis 2002.

Die im Nahverkehrsplan als kurzfristig realisierbar ausgewiesenen Maßnahmen erfordern für den Zeitraum von 1997 bis 2002 ein Investitionsvolumen von rund 651 Millionen Mark, das ausschließlich aus Regionalisierungsmitteln bestritten werden soll.

Wichtige Maßnahmen zur Verbesserung des Schienenpersonennahverkehrs

- Die Elektrifizierung der Strecke Elmshorn - Itzehoe ist abgeschlossen. Die Aufnahme des elektrischen Zugbetriebes erfolgte zum Fahrplanwechsel am 29. Mai 1998.
- **Wiedereröffnung von Haltepunkten:** 1998 wurden die Bahnstationen Herzhorn und Kremperheide (Kreis Steinburg) wiedereröffnet.

- **Modernisierung von Haltepunkten und Bahnhöfen**

Das Land hat 1998 in Abstimmung mit den Verkehrsunternehmen die Bahnsteighöhe generell auf 76 cm festgelegt. Damit werden im Zuge anstehender Modernisierungs- und Unterhaltungsmaßnahmen an den Haltepunkten die Bahnsteighöhen auf diese Höhe angepaßt werden. Weiter wurden den Bahnhöfen Fördermittel zur Erhöhung der Qualität und der Attraktivität der Bahnhöfe und Haltepunkte bereitgestellt. Hiermit wurden beispielsweise *DB Pluspunkte* (kombinierte Warte- und Servicepunkte) errichtet und behindertengerechte Zugangsanlagen und Ausstattungen geschaffen.

- **Fahrplanoptimierung und -verdichtung**

- Verdichtung zwischen den Städten Elmshorn und Itzehoe;
- Fahrplanumstellung auf der Strecke Lübeck - Lüneburg zur Anschlußverbesserung in Büchen;
- Ausdehnung des Angebots der „Sylter Welle“ (durchgehender Zug Lübeck - Kiel - Westerland) auf den Sonnabend;
- Einrichtung von Wochenendverkehr auf der Strecke Neumünster - Heide.

- **Verbesserung des Fahrzeugmaterials.**

Für eine attraktive Beförderung der Fahrgäste hat das Land mit der Deutschen Bahn AG einen Vertrag über das Redesign von 131 „Silberlingen“ mit einem Gesamtvolumen von rund 75 Millionen Mark geschlossen. Das Land beteiligt sich daran mit 56 Millionen Mark.

Mit dem Umbau der Wagen soll 1999 begonnen werden. Nach Abschluß im Jahr 2000 werden im wesentlichen alle in Schleswig-Holstein eingesetzten Wagen modernisiert sein. Wegen der begrenzten Laufzeit von etwa zehn Jahren werden jetzt bereits die Gespräche mit der Industrie über eine neue Fahrzeuggeneration aufgenommen.

- **Erste Ausschreibung und Vergabe von Nahverkehrsleistungen im Schienenpersonennahverkehr („Nordnetz“):** Für ein 257 km langes Teilstreckennetz haben die Regionalbahn Schleswig-Holstein (RB) und eine Bietergemeinschaft aus der Deutschen Eisenbahngesellschaft (DEG) und den Plöner Verkehrsbetrieben (VKP) den Zuschlag erhalten.

- **Wiedereröffnung von Strecken für den Schienenpersonennahverkehr:** 1998 wurden Vorbereitungen zur Wiedereröffnung der Strecke Neumünster - Bad Segeberg durchgeführt.

Übriger ÖPNV

Für den übrigen ÖPNV, im wesentlichen also den Busverkehr, sind in Schleswig-Holstein die Kreise und kreisfreien Städte verantwortlich. Sie bestimmen in *Regionalen Nahverkehrsplänen (RNVP)* den Rahmen für die Entwicklung des ÖPNV in den einzelnen Kreisgebieten. In Verbindung mit dem *Landesweiten Nahverkehrsplan* soll hieraus ein abgestimmtes ÖPNV-Konzept im Land Schleswig-Holstein entstehen.

Folgende Maßnahmen sollen die Attraktivität des ÖPNV erhöhen:

- **Verbundkonzept Bahn und Bus:** Vernetzung des Fern- und Regionalschienenverkehrs mit dem Busverkehr;
- Umsetzung der Ergebnisse einer **Marktforschungsstudie** zum ÖPNV in Schleswig-Holstein;
- **Aufbau der landesweiten Fahrplanauskunft Scout** mit anschließender Einbindung in die deutschlandweite Fahrplaninformation (*DELFI*);
- **Stärkung des Verbundcharakters:** Im Jahr 1998 startete der Verkehrsverbund Region Kiel (VRK).

Im Rahmen der **Qualitätsoffensive für den ÖPNV** (Bus und Bahn) sind im Jahr 1998 Fördermittel von insgesamt 440 Millionen Mark in den öffentlichen Personennahverkehr in Schleswig-Holstein geflossen.

Schifffahrtspolitik

Im Jahr 1998 sind auf Bundesebene wichtige Weichenstellungen zur Beschäftigungssicherung in der deutschen Seeschifffahrt und zur Sicherung des Reedereistandes Deutschland erfolgt. Damit hat die jahrelange Forderung der norddeutschen Küstenländer nach einem neuen Schifffahrtskonzept erste konkrete Schritte bewirkt.

- Mit der Verabschiedung des *Seeschifffahrtsanpassungsgesetzes* sind neben neuen Bestimmungen zur Schiffssicherheit die seit langem geforderten Ele-

mente der Tonnagebesteuerung sowie des 40-prozentigen Lohnsteuereinbehaltes mit Beginn des Jahres 1999 eingeführt worden.

- Durch Änderung der *Schiffsbesetzungsverordnung* ist eine flexiblere Regelung der Schiffsbesetzung ermöglicht worden, um die Beschäftigung deutscher Seeleute zu fördern.
- Die beteiligten Ressorts der Bundesregierung und der Küstenländer haben mit Verbänden und Gewerkschaften eine *Ausbildungsinitiative* vereinbart, um deutschen Seeleuten eine gesicherte Zukunftsperspektive zu geben.

Tax-Free-Handel

Die Landesregierung hat sich im Jahr 1998 weiterhin nachdrücklich für die Beibehaltung der Duty-Free-Verkäufe über den 30. Juni 1999 hinaus eingesetzt.

Im Mittelpunkt der Bemühungen des Landes standen Vorstöße der Ministerpräsidentin gegenüber den zuständigen Kommissaren der EU-Kommission sowie eine einstimmige Resolution des Landtages vom 11. Juni 1998.

In einem gemeinsamen Brief der Ministerpräsidentin und des Hamburger Ersten Bürgermeisters wurden dem neuen Bundeskanzler und dem Bundesfinanzminister die Folgen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt besonders in den Küstenländern dargelegt und um die Unterstützung der Bundesregierung zum Erhalt des Duty-Free-Handels geworben.

Die Bundesregierung unterstützt das Engagement der Landesregierung für eine Verlängerung von Duty-Free und hat sich auf den Gipfeltreffen der Regierungschefs und auf den Sitzungen des EU-Ministerrats (ECOFIN) mit Nachdruck für eine Anschlußregelung eingesetzt. Wegen der besonderen Bedeutung von Duty-Free für die Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein bleibt zu hoffen, daß es noch zu einer Kompromißlösung kommen wird.

Entwicklung der Häfen

Der Seehafen Kiel, der sich durch seine Lage am Nord-Ostsee-Kanal auszeichnet, konnte sein dichtes Liniennetz mit osteuropäischen Häfen weiter ausbauen. Allein 19 wöchentliche Abfahrten verbinden die Landeshauptstadt mit Häfen im Baltikum und

Rußland. Daneben bestehen die traditionellen Fährlinien mit Skandinavien. Ende 1998 wurde Kiel zur Zwischenstation zwei neuer Schifffahrtslinien vom englischen Seehafen Hull in die Ostsee.

Das Planfeststellungsverfahren für den weiteren Ausbau des **Kieler Ostuferhafens** wurde zum Jahresende 1998 eingeleitet. Mit dem Abschluß des Verfahrens und dem Baubeginn wird im Jahr 1999 gerechnet. Die Landesregierung beabsichtigt, dieses herausragende Investitionsprojekt mit einem Volumen von rund 95 Millionen Mark mit Fördermitteln aus dem Europäischen Strukturfonds und aus der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur zu unterstützen.

Die Häfen der Hansestadt Lübeck konnten den positiven Trend im Güterumschlag fortsetzen und damit ihre Bedeutung in der Brückenfunktion für Skandinavien und Osteuropa untermauern. Sie verzeichneten im Berichtsjahr eine Steigerung auf über 24 Millionen Tonnen.

Für die Hafenerweiterung am Skandinavienkai in Lübeck hat die Landesregierung weitere 3,36 Millionen Mark aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ zur Verfügung gestellt.

Wichtige Beiträge zu einer norddeutschen Hafenkooperation sind

- die bestehende Zusammenarbeit der Lübecker Hafengesellschaft mit Hamburger und Bremer Hafenunternehmen und der DB AG beim Containerverkehr sowie
- die Beteiligung der Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG (HHLA) an der Lübecker Spedition Combisped; sichtbares Zeichen ist das Projekt eines Containerterminals in Lübeck als Bindeglied auf der Achse zwischen den beiden Häfen mit 120 neuen Arbeitsplätzen und einem Investitionsvolumen von 100 Millionen Mark.

Auf der Vogelfluglinie haben sich die Deutsche Fährgesellschaft Ostsee mbH (DFO) und die kooperierende dänische Reederei zur **Scandlines AG** zusammengeschlossen. Damit ist eine international wettbewerbsfähige Betreibergesellschaft am Markt etabliert worden.

Die landeseigene Hafengruppe Brunsbüttel zeigte eine stabile Umschlagsentwicklung. Nachteilig wirkten sich jedoch die im Verhält-

nis zu Konkurrenzhäfen unzureichenden Tiefgangsverhältnisse für die heutigen Schiffsgrößen im Massengutbereich aus. Aus diesem Grunde plant die private Hafenbetreiberin eine teilweise Vertiefung des Elbehafens. Die geplante Privatisierung der Häfen in Brunsbüttel ist durch einen Vorvertrag vom Dezember 1998 eingeleitet worden.

Im Nord-Ost-Hafen von Helgoland hat die Landesregierung die Grundinstandsetzung der Anlegebrücken mit 1,6 Millionen Mark aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe gefördert.

Im Rahmen der beabsichtigten Überführung des landeseigenen Hafens Dagebüll in kommunale Trägerschaft hat die Landesregierung Verkaufsverhandlungen mit den Kommunen der Region aufgenommen.

Luftverkehr

Die Linienverbindungen vom **Regionalflughafen Kiel-Holtenau** nach Köln/Bonn, Frankfurt und Nürnberg via Berlin unterliegen seit Jahren einem stetigen Aufwärtstrend.

Der Charterverkehr vom **Lübecker Flughafen Blankensee** aus hat sich unter Verdreifachung der Passagierzahlen gut entwickelt. Positive Ansätze, Linien- und Cargoverkehre aufzubauen, haben sich kurzfristig nicht in die Praxis umsetzen lassen.

Der Bäderluftverkehr nach **Westerland** hat trotz teilweise fallender Nachfrage sein gutes Niveau im wesentlichen halten können.

Ausblick

Das Jahr 1998 schloß mit dem höchsten Anstieg des Bruttoinlandsproduktes in Deutschland seit der Vereinigung. Allerdings sind die Wachstumsprognosen der Forschungsinstitute für 1999 wieder deutlich zurückhaltender. Dies darf nicht zum Anlaß für Resignation genommen, sondern muß als Signal zum Aufbruch verstanden werden. Alle an wirtschaftlichen Abläufen und Entscheidungsprozessen beteiligten Akteure sollten jetzt erst recht die Ärmel aufkrepeln und beweisen, daß Prognosen irren können. Denn die nationalen Rahmenbedingungen für einen soliden und tragfähigen Aufschwung in Deutschland, und damit auch in Schleswig-Holstein, sind gut. Der Strukturwandel, der Trend von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft, bietet noch viele, bisher nicht ausreichend genutzte Chancen. Es gilt, diese Chancen zu erkennen und in wirtschaftliches Handeln umzusetzen. Auf diese Weise können viele neue Arbeitsplätze entstehen.

Auf die Wirtschaft, insbesondere auf die vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen, kommen große Herausforderungen und Anstrengungen zu. Die Wirtschaftspolitik der schleswig-holsteinischen Landesregierung wird die Anstrengungen der Unternehmen mit allen Kräften unterstützen. Im Vordergrund wird dabei auch weiterhin das Ziel stehen, Arbeitsplätze zu sichern und neue, zukunfts-sichere Arbeitsplätze entstehen zu lassen, um das Problem der Massenarbeitslosigkeit zu entschärfen.

Deshalb wird die Landesregierung

- für die schnelle Realisierung des **Bündnisses Arbeit für Schleswig-Holstein** eintreten, unter Beteiligung der Gewerkschaften, der Unternehmen, der Kammern und Verbände;
- das im November 1998 beschlossene **dreijährige Investitionsprogramm „Arbeit, Bildung, Innovation“** zügig umsetzen und mit einem Fördervolumen von 130 Millionen Mark ressortübergreifend Zukunftsinvestitionen stärken;
- ihre konsequente Technologiepolitik zum **Ausbau des High-Tech-Standortes Schleswig-Holstein** fortsetzen, denn Technologie und Innovation sind die Schlüsselwörter für eine sichere wirtschaftliche Zukunft und Beschäftigung;
- den **Ausbau der Informationsgesellschaft** vorantreiben, denn der breite Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik und die zunehmende Verlagerung wirtschaftlicher Aktivitäten in das Internet erhöht die Wettbewerbsfähigkeit und birgt ein bedeutendes Potential an Wachstum und Beschäftigung;
- die wirtschaftsnahe Infrastruktur weiter ausbauen und stärken durch eine **effektive regionale Wirtschaftsförderung**;
- die Wachstumspotentiale der strukturschwächeren Regionen durch eine **zukunftsorientierte Regionalpolitik** weiter verbessern, vor allem durch Fortsetzung der Regionalförderung im Rahmen des Regionalprogramms 2000;
- mit Hilfe der Wirtschaftsförderungs-Institutionen für die **Attraktivität des Wirtschaftsstandortes** im Norden Deutschlands werben, auch in Kooperation mit dem Nachbarland Hamburg, um die Serie der Ansiedlungsrekorde der letzten Jahre fortzusetzen;
- das hervorragende Gründungsklima in Schleswig-Holstein weiter verbessern durch Fortsetzung der zahlreichen Maßnahmen im Rahmen der **Existenzgründungsoffensive**;
- im Rahmen einer **Dienstleistungsoffensive** die zukunftssträchtigen Potentiale im Bereich der wirtschaftsnahen Dienstleistungen aufzeigen, um hier neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen;
- dem **Mittelstand** als Motor für Wachstum und Beschäftigung ein mittelstandsfreundliches wirtschaftliches Umfeld erhalten, vor allem auch durch weiteren Abbau von Bürokratie und eine „Politik der kurzen Wege“.

- die begonnene Zusammenarbeit mit der Öresund-Region mit dem Ziel einer gemeinsamen „*Region Südliche Ostsee*“ fortsetzen.
- die neu begründete Zusammenarbeit mit Hamburg im Ostseeraum ausbauen.

Abschließend sei auf zwei wichtige Ereignisse aufmerksam gemacht, die alle Unternehmen in den nächsten Monaten mit zunehmender Intensität beschäftigen werden:

- Die **Einführung des EURO** erfordert umfangreiche vorbereitende Schritte in jedem einzelnen Unternehmen, damit die Wirtschaft rechtzeitig „fit für den EURO“ ist. Hierfür steht ein breit gefächertes Beratungsangebot, besonders der Kammern und Wirtschaftsverbände, zur Verfügung.
- Der Wechsel in das Jahr 2000 kann zu Problemen bei Computern und elektronischen Steuerungssystemen führen. Die Unternehmen müssen sich der **Jahr-2000-Problematik** mit besonderer Priorität und Sorgfalt widmen, um wirtschaftliche Nachteile, beispielsweise durch den Ausfall von Produktionskapazitäten, zu verhindern. Ein „Jahr-2000-Check“ empfiehlt sich in jedem Fall dringend; auch hier sollte das reichhaltig vorhandene Informations- und Beratungsangebot genutzt werden.

Beide Themen sollten im Unternehmen zur „Chefsache“ erklärt werden, denn Relevanz und Eilbedürftigkeit werden allzu leicht unterschätzt.

Anlagen (Statistik)

1. Nominales Bruttoinlandsprodukt in Schleswig-Holstein und in Deutschland
2. Reales Bruttoinlandsprodukt in Schleswig-Holstein und in Deutschland
3. Graphiken: Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes
4. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen
- 5.1 Entwicklung der Arbeitslosenquoten Schleswig-Holstein/Deutschland
- 5.2 Arbeitslosenquoten in den Ländern
6. Veränderung der Erwerbstätigkeit in den Ländern (Vorjahresvergleich)
7. Entwicklung wichtiger Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes
 - 7.1 Umsatzentwicklung 1995 - 1998
 - 7.2 Beschäftigtenentwicklung 1995 - 1998
 - 7.3 Entwicklung der Betriebe 1995 - 1998
8. Daten zur wirtschaftlichen Lage in den fünf Planungsräumen Schleswig-Holsteins
9. Ergebnisse der wichtigsten einzelbetrieblichen Förderprogramme 1998
10. Entwicklung des Auslandsumsatzes und der Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe
11. Außenhandel des Landes Schleswig-Holstein nach Ländergruppen
12. Außenhandel des Landes Schleswig-Holstein nach Warengruppen

Nominales Bruttoinlandsprodukt

(in jeweiligen Preisen)

Jahr	Schleswig-Holstein		westdeutsche Länder		ostdeutsche Länder	Deutschland
	Mio. DM	Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent	Mio. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent		
1980	52.396	7,1	1.472.040	6,0	-	-
1981	53.768	2,6	1.534.970	4,3	-	-
1982	55.124	2,5	1.588.090	3,5	-	-
1983	58.631	6,4	1.668.540	5,1	-	-
1984	62.144	6,0	1.750.890	4,9	-	-
1985	64.302	3,5	1.823.180	4,1	-	-
1986	69.411	7,9	1.925.290	5,6	-	-
1987	70.998	2,3	1.990.480	3,4	-	-
1988	75.051	5,7	2.095.980	5,3	-	-
1989	77.406	3,1	2.224.440	6,1	-	-
1990	83.585	8,0	2.426.000	9,1	-	-
1991	91.008	8,9	2.647.600	9,1	-	-
1992	96.959	6,5	2.813.000	6,2	28,9	7,9
1993	99.649	2,8	2.840.500	1,0	21,7	2,8
1994	103.801	4,2	2.962.100	4,3	13,3	5,2
1995	107.273	3,3	3.049.800	3,0	7,3	3,4
1996	110.423	2,9	3.112.300	2,0	4,6	2,3
1997	113.788	3,0	3.202.600	2,9	2,5	2,9
1998	116.500	2,4	3.332.000	4,0	1,9	3,3

1994 - 1997 Ergebnisse VGR der Länder, 3. Fortschreibung 1997

Ab 1996 vorläufige Ergebnisse

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein

Reales Bruttoinlandsprodukt

(in Preisen von 1991)

Jahr	Schleswig-Holstein		westdeutsche Länder	ostdeutsche Länder	Deutschland
	Mio. DM	Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent	Mio. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent	
1980	72.408	2,4	2.018.000	1,0	-
1981	71.378	-1,4	2.020.000	0,1	-
1982	70.216	-1,6	2.001.000	-0,9	-
1983	72.720	3,6	2.036.200	1,8	-
1984	75.880	4,3	2.093.500	2,8	-
1985	77.101	1,6	2.136.000	2,0	-
1986	81.571	5,8	2.186.100	2,3	-
1987	81.274	-0,4	2.218.400	1,5	-
1988	84.536	4,0	2.301.000	3,7	-
1989	84.049	-0,6	2.384.400	3,6	-
1990	87.048	3,6	2.520.400	5,7	-
1991	91.008	4,5	2.647.600	5,0	-
1992	93.017	2,2	2.694.300	1,8	7,8
1993	92.559	-0,5	2.639.100	-2,0	9,3
1994	94.200	1,8	2.694.000	2,1	9,6
1995	95.227	1,1	2.718.200	0,9	4,4
1996	96.860	1,7	2.747.600	1,1	3,2
1997	98.982	2,2	2.809.500	2,3	1,7
1998	100.300	1,3	2.891.000	2,9	2,1

1994 - 1997 Ergebnisse lt. VGR der Länder - 3. Fortschreibung 1997

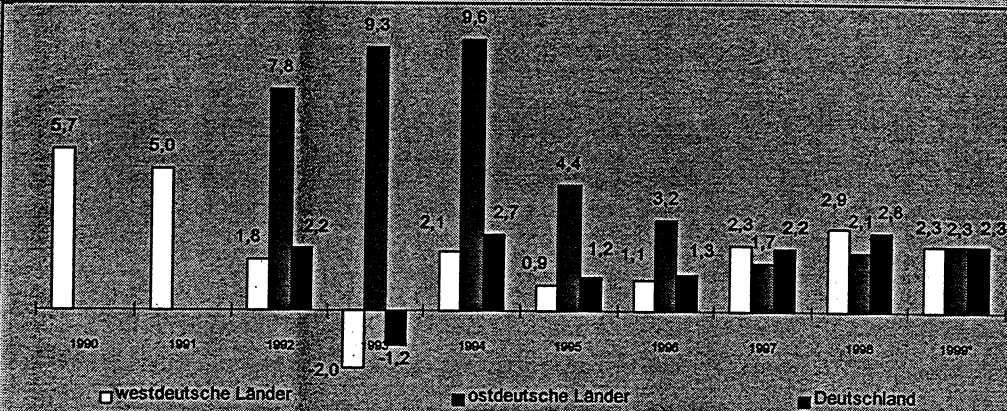
Ab 1996 vorläufige Ergebnisse

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein

Reales Bruttoinlandsprodukt

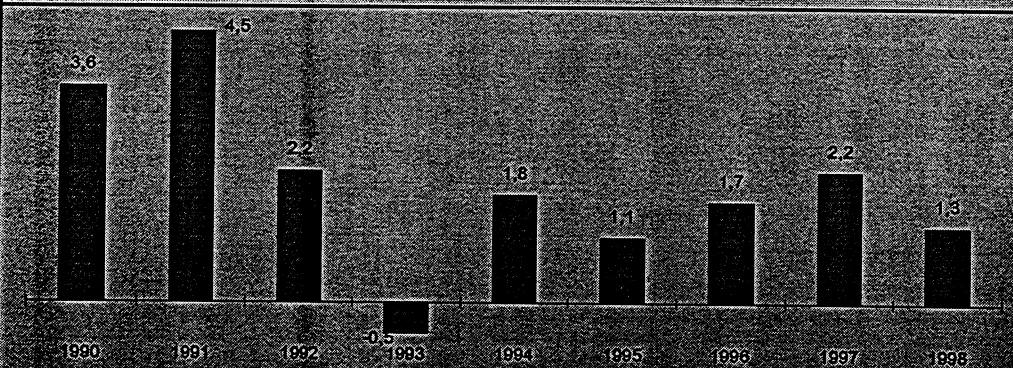


Die Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes in Deutschland
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent -



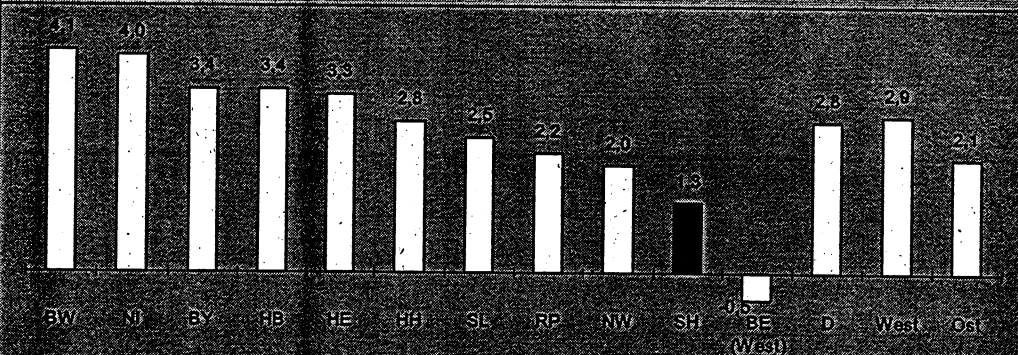
Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Statistisches Bundesamt, * Herbstgutachten '98

Die Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes in Schleswig-Holstein
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent -



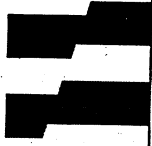
Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, S. Fortschreibung 97

Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes in den westdeutschen Ländern 1998
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent -



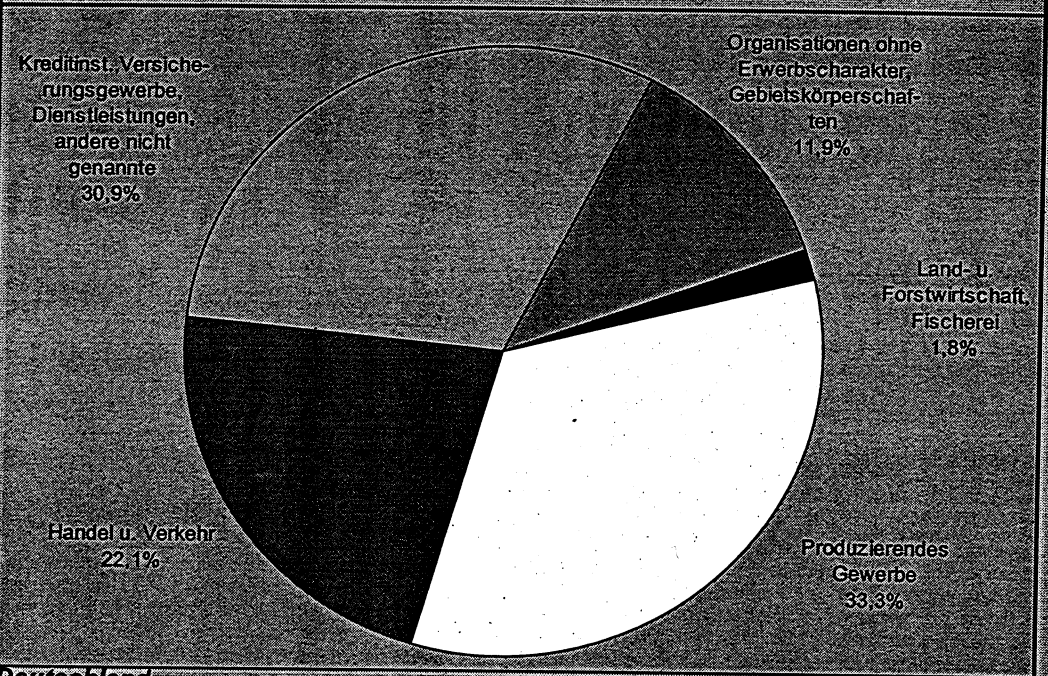
Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

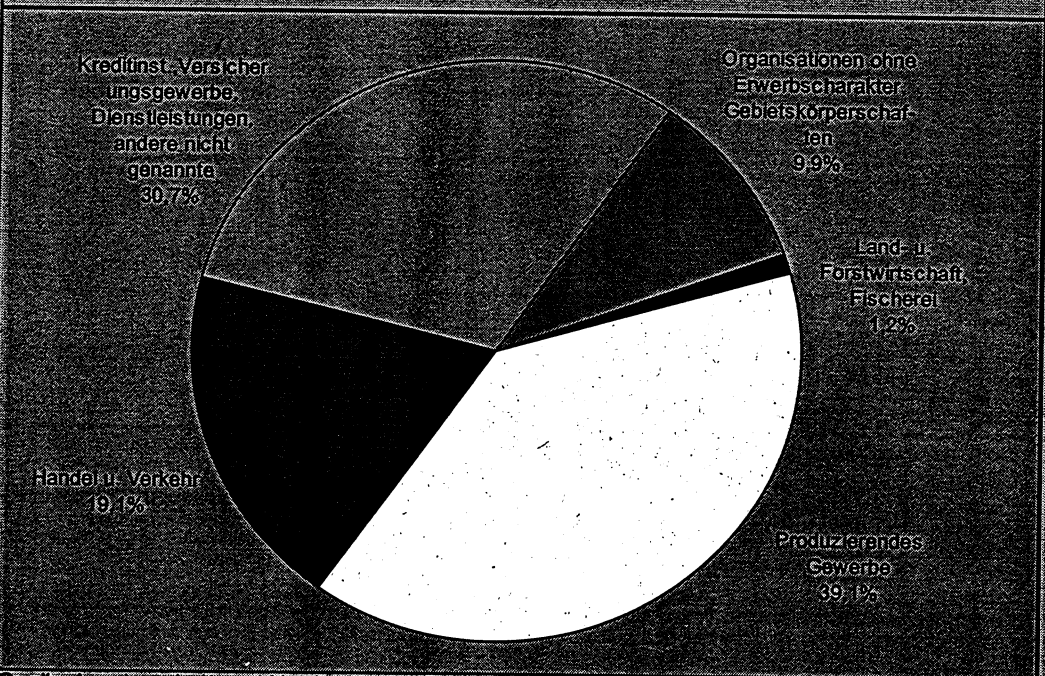


Prozentanteil an den Wirtschaftsbereichen am 31.12.1997

Schleswig-Holstein



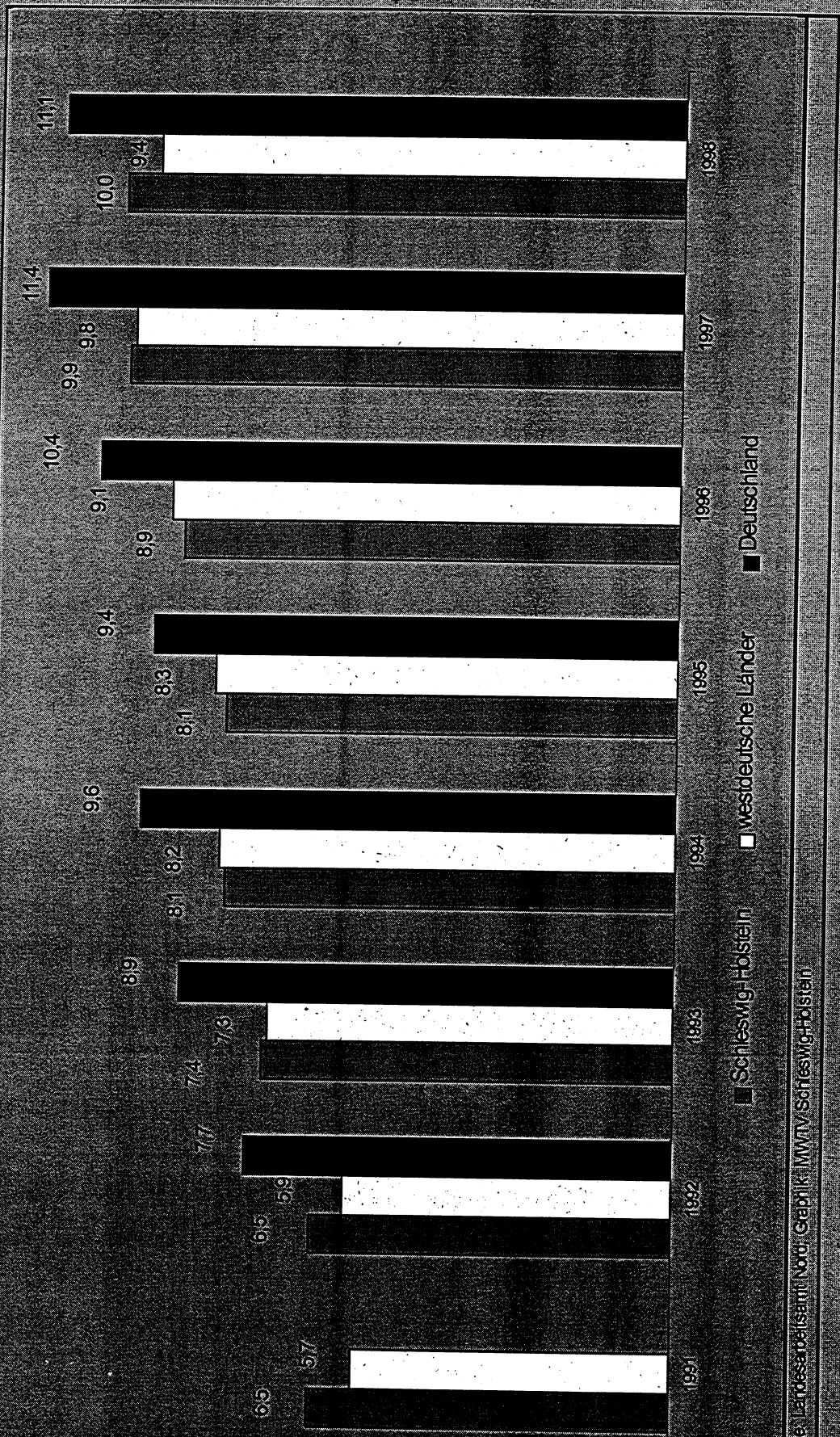
Deutschland



Quelle: Landesarbeitsamt Nord, eigene Berechnungen, Graphik: MWV T-Schleswig-Holstein

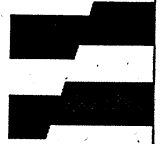
Entwicklung der Arbeitslosenquoten

Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen

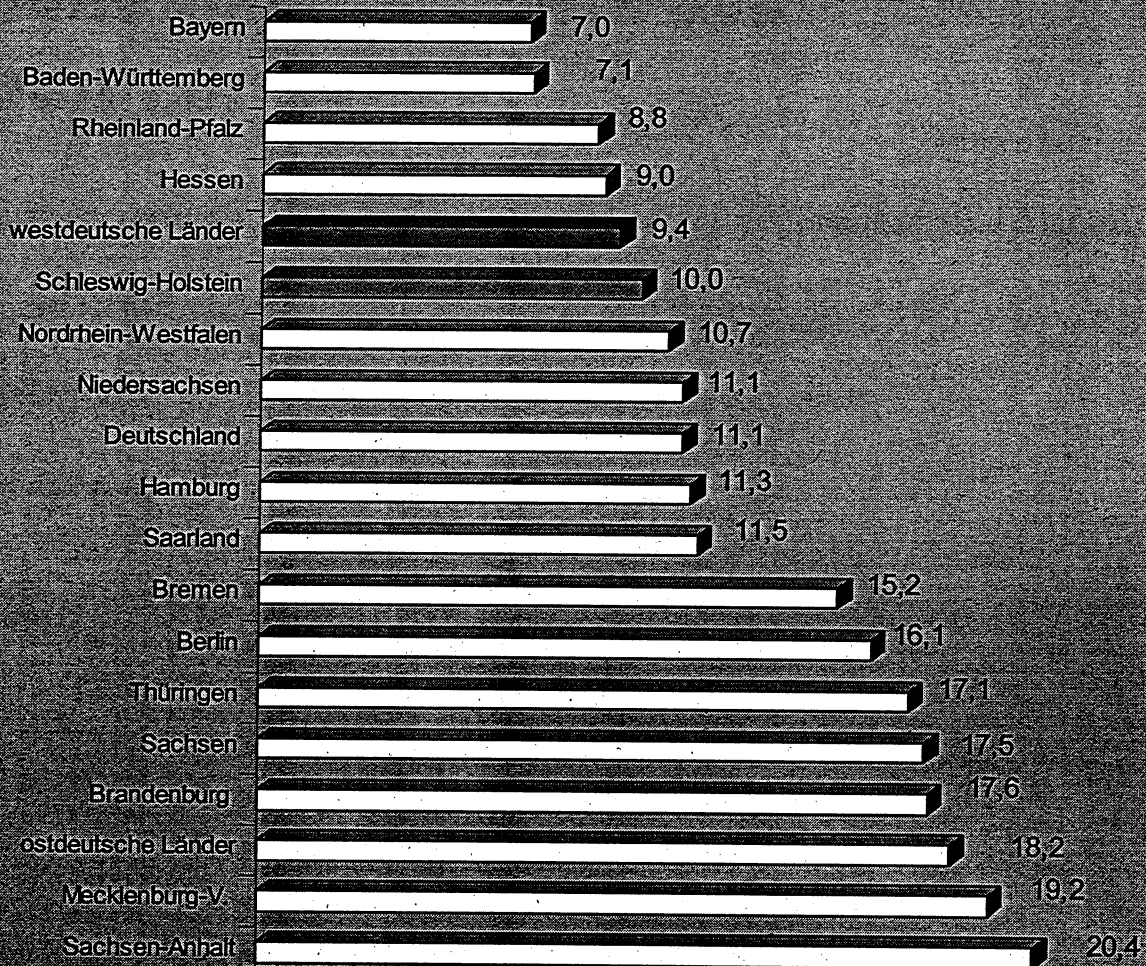


Quelle: Landesparlament Nord, Statistik MWMV Schleswig-Holstein

Arbeitslosenquoten 1998 in den Ländern



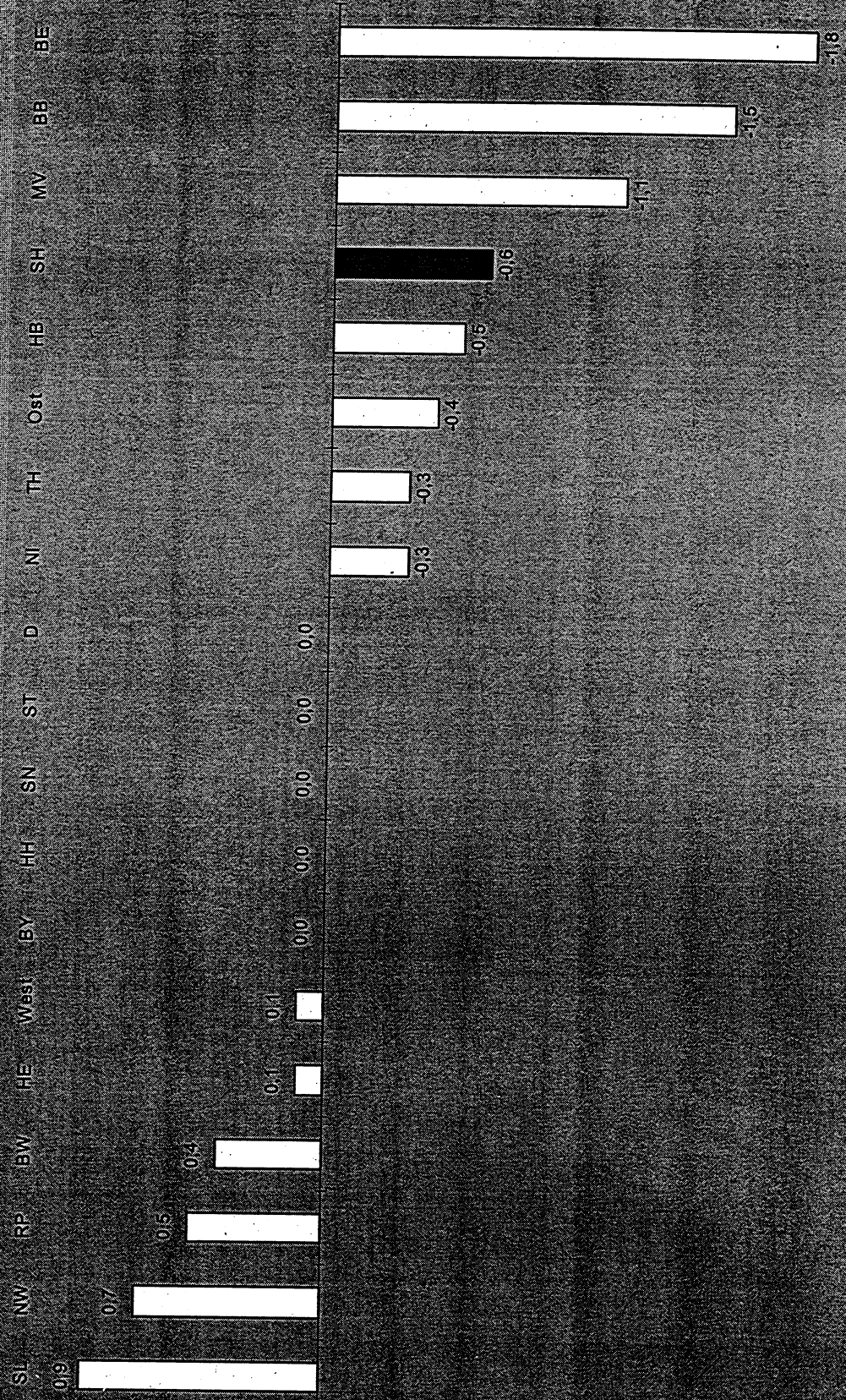
Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen



Quelle: LAA-Nord, Graphik: MWTV SH

Erwerbstätigkeit in den Ländern

Veränderung 1998 gegenüber dem Vorjahr in Prozent.



Umsatzentwicklung in Mrd. DM 1995 -1998

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe in Schleswig-Holstein
Ergebnisse in Betrieben mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

WZ93 - Unterabschnitte	1995				1996				1997				1998*				Veränderung 1998 gegenüber 1997 in Prozent	Exportquote ² in % 1998
	1995		1996		1996		1997		1997		1998*		1998*					
Vorteilsgüterproduzenten	18,2		18,2		18,9		18,9		18,9		18,9		18,9		-0,1	24,4		
Investitionsgüterproduzenten	15,4		14,6		16,5		16,5		16,8		16,8		16,8		1,4	48,7		
Gebrauchsgüterproduzenten	11,2		11,2		11,1		11,1		11,2		11,2		11,2		5,4	39,2		
Verbrauchsgüterproduzenten	13,7		13,2		13,5		13,5		13,8		13,8		13,8		2,7	13,2		
Bergbau u. Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	48,4		47,1		50,0		50,0		50,7		50,7		50,7		1,3	29,8		
Verarbeitendes Gewerbe	48,2		46,8		49,7		49,7		50,4		50,4		50,4		1,3	29,8		
Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	10,0		9,4		9,6		9,6		9,5		9,5		9,5		1,4	11,4		
Textil- und Bekleidungsgewerbe	0,5		0,4		0,4		0,4		0,4		0,4		0,4		-2,8	19,0		
Holzgewerbe (ohne Holz u. Möbeln)	0,8		0,7		0,7		0,7		0,7		0,7		0,7		2,7	10,9		
Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	4,7		4,5		4,4		4,4		4,6		4,6		4,6		3,6	18,3		
Kokerei, Mineralölverarbeitung etc.	2,3		2,4															
Chemische Industrie	5,6		5,9		6,3		6,3		6,5		6,5		6,5		2,5	33,8		
Herstellung v. Gummi u. Kunststoffwaren	1,8		1,9		2,0		2,0		2,0		2,0		2,0		1,9	37,2		
Glasgewerbe, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	2,3		2,2		2,2		2,2		2,1		2,1		2,1		-2,6	10,8		
Metallerzeugung u. -bearbeitg., Herstellung v. Metallerzeugnissen	2,4		2,2		2,3		2,3		2,4		2,4		2,4		4,7	15,6		
Maschinenbau	6,8		6,7		7,2		7,2		7,0		7,0		7,0		-1,6	51,5		
Herstellung v. Büromasch., DV-Geräten u. Einrichtungen etc.	6,3		6,9		7,7		7,7		8,3		8,3		8,3		7,4	49,9		
Fahrzeugbau	4,0		2,9		3,5		3,5		3,6		3,6		3,6		1,6	33,1		
Holz u. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Sport-, Spielwaren, etc.	0,7		0,8		0,9		0,9		1,0		1,0		1,0		5,8	34,8		

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, eigene Berechnungen

* Kumulierte Ergebnisse Januar - Dezember 1998. ² Auslandsumsatz in Prozent des Gesamtumsatzes

Hinweis:

In den Jahresergebnissen 1997 und 1998 sowie in der Veränderungsrate sind die durch die 1997 durchgeführte Handwerkszählung neu identifizierten Handwerksbetriebe eingeflossen, daher entstehen Vergleichsschwierigkeiten zwischen den absoluten Zahlen der Jahre 1998 und 1997 gegenüber den Vorjahren

Beschäftigtenentwicklung 1995 - 1998

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe in Schleswig-Holstein
 Ergebnisse in Betrieben mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

WZ93 - Unterabschnitte	1995	1996	1997	1998*	Veränderung 1998 gegenüber 1997 in Prozent
Vorstufungsgüterproduzenten	58.580	56.619	54.871	54.749	-0,2
Investitionsgüterproduzenten	57.562	54.453	54.148	51.820	-4,3
Gebrauchsgüterproduzenten	4.890	4.770	4.584	4.840	5,8
Verbrauchsgüterproduzenten	32.353	30.900	32.114	31.689	-1,3
Bergbau u. Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	153.384	146.742	145.717	142.598	-2,1
Verarbeitendes Gewerbe	152.486	145.787	144.726	141.627	-2,1
Erzeugnissegewerbe, Holzverarbeitung	21.291	20.241	21.178	20.568	3,0
Textil- und Bekleidungsgewerbe	2.385	2.120	2.060	2.025	-1,7
Holzgewerbe (ohne Forst u. Möbel)	3.217	2.919	3.025	2.978	-1,6
Papier, Verlags- u. Druckgewerbe	16.865	16.227	15.966	15.776	-1,2
Kokerei, Mineralverarbeitung, etc.	1.025	981	896	876	-2,3
Chemische Industrie	12.322	11.915	12.038	12.425	3,2
Herstellung v. Gummi u. Kunststoffwaren	7.281	7.183	6.949	6.646	-4,4
Glasgewerbe, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	7.544	7.252	6.834	6.279	-8,1
Metallerzeugung u. -bearbeitg., Herstellung v. Metallerzeugnissen	11.732	10.382	10.890	11.362	4,3
Maschinenbau	27.428	25.903	25.137	24.566	-2,3
Herstellung v. Elektro- u. optischen u. elektronischen Einrichtungen, etc.	24.223	23.750	23.692	22.106	-6,7
Fahrzeugbau	14.571	13.761	13.244	13.393	1,1
Forst u. Möbel, Schmeiss-, Musikinstr., Sport-, Spielwaren, etc.	2.602	2.683	2.817	2.688	-3,6

Quelle: Statistisches Landesamt, Schleswig-Holstein u. eigene Berechnungen

Durchschnittsergebnisse Januar - Dezember 1998

Hinweis:

In den Jahresergebnissen 1997 und 1998 sowie in der Veränderungsrate sind die durch die 1997 durchgeführte Handwerkszahlung neuidentifizierten Handwerksbetriebe eingeflossen, daher entfallen Vergleichsschwierigkeiten zwischen den absoluten Zahlen der Jahre 1998 und 1997 gegenüber den Vorjahren.

Entwicklung der Betriebe 1995 - 1998

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe in Schleswig-Holstein
Ergebnisse in Betrieben mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

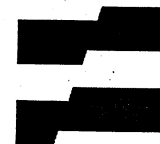
	1995	1996	1997	1998*	Veränderung 1998 gegenüber 1997 in Prozent
WZ93 - Unterabschnitte					
Verleistungsgüterproduzenten	657	665	668	648	-3,0
Investitionsgüterproduzenten	437	421	448	432	-3,6
Gebrauchsgüterproduzenten	35	36	37	32	-13,5
Verbrauchsgüterproduzenten	334	334	376	372	-1,1
Bergbau u. Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	1.463	1.455	1.529	1.483	-3,0
Verarbeitendes Gewerbe	1.411	1.396	1.471	1.428	-2,9
Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	272	273	310	300	-3,2
Textil- und Bekleidungsgewerbe	29	27	27	27	0,0
Holzgewerbe (ohne Herstellung Möbeln)	37	37	46	46	0,0
Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	150	145	146	149	2,1
Kokerei, Mineralverarbeitung, etc.	6	6	6	5	-16,7
Chemische Industrie	59	57	58	58	0,0
Herstellung v. Gummi- u. Kunststoffwaren	85	82	79	75	-5,1
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeit. Steinen u. Erden	129	129	126	119	-5,6
Metallerzeugung u. -bearbeitg., Herstellung v. Metallzerlegnissen	179	180	191	181	-5,2
Maschinenbau	208	199	199	195	-2,0
Herstellung v. Büromasch., DV-Geräten u. Einrichtungen, etc.	174	177	193	189	-2,1
Fahrzeugbau	44	42	43	43	0,0
Herst. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Sport-, Spielwaren, etc.	38	42	46	40	-13,0
Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein u. eigene Berechnungen					

* Durchschnittsergebnisse Januar - Dezember 1998

Hinweis:

In den Jahresergebnissen 1997 und 1998 sowie in der Veränderungsrate sind die durch die 1997 durchgeführte Handwerkszählung neu identifizierten Handwerksbetriebe eingeflossen, daher entstehen Vergleichsschwierigkeiten zwischen den absoluten Zahlen der Jahre 1998 und 1997 gegenüber den Vorjahren.

Planungsräume Schleswig-Holsteins



Wirtschaftliche Lage in den fünf Planungsräumen

Kreise/ Planungsräume	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 1)			Arbeitslosenquoten 2)		Industriedichte 5)
	30.06. 1997	Veränderg. z. Vorjahr in %	Anteil an SH in %	1997 in %	1998 3)	1998 3)
Hzgt Lauenburg	38.497	-1,4	4,8	9,9	9,4	45
Pinneberg	74.724	-0,9	9,3	9,6	9,5	58
Segeberg	74.758	-0,6	9,3	8,9	8,9	65
Stormarn	62.772	-0,8	7,8	7,8	7,8	91
Planungsraum I	250.751	-0,9	31,3	9,0	8,9	65
Lübeck	80.390	-3,0	10,0	15,2	15,0	68
Ostholstein	52.379	-1,7	6,5	11,0	11,3	28
Planungsraum II	132.769	-2,5	16,6	13,3	13,3	49
Kiel	102.161	-2,7	12,8	14,7	14,9	63
Neumünster	31.786	-3,4	4,0	14,1	14,6	84
Plön	23.376	0,0	2,9	9,7	10,1	19
Rendsburg-Eckern	63.769	-1,9	8,0	10,7	10,8	28
Planungsraum III	221.092	-2,3	27,6	12,4	12,5	44
Ditmarschen	35.371	-1,3	4,4	12,2	12,5	50
Steinburg	34.051	-0,8	4,3	10,6	10,9	58
Planungsraum IV	69.422	-1,0	8,7	11,4	11,6	54
Flensburg	37.547	-0,7	4,7	16,4	16,1	106
Nordfriesland	46.960	-1,6	5,9	11,0	11,0	19
Schleswig-Flensburg	42.472	0,6	5,3	10,3	10,4	22
Planungsraum V	126.979	-0,6	15,9	11,8	11,8	37
Schleswig-Holste	801.013	-1,5	100,0	11,2	11,2	52
				9,9 4)	10,0 4)	

1) Stand 30.06.1997 - letztverfügbares Ergebnis

2) Berechnung auf der Basis der abhängigen zivilen Erwerbspersonen

3) vorläufige Ergebnisse

4) Berechnung auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen

5) Beschäftigte im Bergbau u. Verarbeitenden Gewerbe je 1.000 Einwohner

Vorläufiges Durchschnittsergebnis der Monate Januar-Dezember 1998 der Beschäftigten
berechnet mit dem Bevölkerungsstand am 30.06.1998

Wichtigste einzelbetriebliche Förderprogramme in Schleswig-Holstein

Jahr: 1998

Programme	Fälle		Aufwendungen in TDM		Investitionszuschuß in TDM		neue Dauer- arbeitsplätze		gesicherte Arbeitsplätze		Betten		herausgelegtes Objigo	
	1997	1998	1997	1998	1997	1998	1997	1998	1997	1998	1997	1998	1997	1998
Industrieförderung (GA 1)	15	24	222.042,4	302.436,8	28.346,8	35.841,1	551	1.071	635					
Fremdenverkehrs-förderung (GA 1)	1		11.280,0		1.500,0	-	41	-	-	96				
WKf-Beteiligung 2)	12	12	30.884,7	32.168,0	3.550,0	3.054,0	117	165	1.266	1.605				
WKf-Beteiligung (EGG 3)	12	6	2.900,0	1.677,0	1.190,0	360,0	105	35	4	-				
Existenzgründerunterstützungsprogramm 4)	44	71	2.362,4	5.159,7			74	151					2.655,5	4.630,8
Gesamtsumme	84	113	279.969,5	331.441,5	34.586,8	39.255,1	788	1.422	1.270	2.240	96	0	2.655,5	4.630,8

1) GA: Gemeinschaftsausgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"

2) WKf: Förderung von Wagniskapitalbeteiligungen (Programmbeginn: II. Quartal 1997)

3) WKf: Förderung von kleinen Existenzgründungsbeteiligungen (Programmbeginn: II. Quartal 1997)

4) Förderung erteiligt durch Übernahme von Ausfallrisiken und teilweise der Kosten des Bearbeitungsaufwandes (Programmbeginn: II. Quartal 1997)

Auslandsumsätze Exportquoten

Im Verarbeitenden Gewerbe Schleswig-Holsteins

Ergebnisse in Betrieben des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Jahre	Gesamtumsatz	Auslandsumsatz	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent	Exportquote in Prozent
	in Mio. DM			
1995	48.979	12.777	13,6	26,1
1996	47.113	12.359	-3,3	26,2
1997	49.737	14.861	20,2	29,9
1998 ³	50.679	15.083	1,4	29,8

1) Prozentanteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz

2) Ergebnisse im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in Schleswig-Holstein in Betrieben mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten nach der WZ '93

3) kumulierte Ergebnisse Januar bis Dezember 1998

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein

Außenhandel Schleswig-Holsteins

Aufteilung nach Ländern/Ländergruppen

Außenhandel insgesamt Jan.-Oktober 1998	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum		Anteil am Export der Bundesrepublik Deutschland
	in Mio DM	in v.H.	in v.H.
14.014,3	685,9	5,1	1,8

Länder/Ländergruppen	Januar-Oktober 1998	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum		Anteil an der Gesamtausfuhr
	in Mio DM	in Mio DM	in v.H.	in Mio DM

Europa	10.082,5	+ 868,7	+ 9,4	71,9
---------------	-----------------	----------------	--------------	-------------

EU-Länder	7.734,0	+ 986,6	+ 14,6	55,2
Dänemark	1.193,1	+ 396,5	+ 49,3	8,5
Großbritannien	1.089,2	+ 117,1	+ 12,0	7,8
Niederlande	1.080,3	+ 54,8	+ 5,3	7,7
Frankreich	1.054,6	+ 153,3	+ 17,0	7,5
Italien	989,9	+ 94,4	+ 10,5	7,1
Österreich	588,2	+ 38,9	+ 7,1	4,2
Spanien	470,9	+ 14,7	+ 3,2	3,4
Belgien/Luxemburg	378,1	+ 47,8	+ 14,5	2,7
Schweden	307,5	- 2,9	- 0,9	2,2
Portugal	191,6	+ 40,1	+ 26,5	1,4
Rep. Irland	155,5	+ 30,0	+ 23,9	1,1
Griechenland	134,4	- 4,0	- 2,9	1,0
Finnland	100,9	+ 6,0	+ 6,3	0,7

	Januar-Oktober 1998	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum		Anteil an der Gesamtausfuhr
	in Mio DM	in Mio DM	in v.H.	in v.H.
Mittel-osteuropäische Länder	1.226,9	+ 52,5	+ 4,5	8,8
Polen	366,0	+ 20,9	+ 6,1	2,6
Rußland	306,5	- 44,9	- 12,8	2,2
Tschechische Rep.	121,8	- 6,6	- 5,1	0,9
Ungarn	99,2	- 12,7	- 11,3	0,7
Rumänien	57,6	+ 18,6	+ 47,7	0,4
Slowakei	47,3	+ 1,3	+ 2,8	0,3
Litauen	32,9	+ 1,4	+ 4,4	0,2
Estland	23,7	- 3,3	- 12,2	0,2
Lettland	18,3	+ 1,8	+ 10,9	0,1
Bulgarien	18,0	+ 6,9	+ 62,2	0,1
Albanien	0,5	+/- 0	+/- 0	0,0
Sonstige Europäische Länder darunter:	1.121,6	- 172,4	- 13,3	8,0
Schweiz	565,9	+ 4,8	+ 0,9	4,0
Norwegen	253,6	- 53,8	- 17,5	1,8
Amerika	1.595,1	+ 369,5	+ 30,1	11,4
USA	925,9	+ 95,0	+ 11,4	6,6
Kanada	65,3	+ 5,4	+ 9,0	0,5
Amerik.Entw.Länder darunter:	603,9	+ 269,1	+ 80,4	4,3
Brasilien	147,0	+ 23,6	+ 19,1	1,0
Mexiko	52,4	- 4,7	- 8,2	0,4
Bermuda	2,5	+ 2,5	+ 100,0	0,0

	Januar-Oktober 1998	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum		Anteil an der Gesamtausfuhr
	in Mio DM	in Mio DM	in v.H.	in v.H.
Asien	1.957,4	- 527,3	- 21,2	14,0
Japan	242,3	- 14,9	- 14,7	1,7
SO-Asiat.Schwellen-u.Entw.L.	1.388,3	- 62,1	- 4,3	9,9
darunter:				
Südkorea	292,8	- 75,0	- 20,4	2,1
China	343,7	+ 103,3	+ 43,0	2,5
Länder d.Nahen u. Mittl. Osten	326,8	- 423,3	- 56,4	2,3
Afrika	264,9	+ 17,5	+ 7,1	1,9
Südafrika	78,7	+ 1,1	+ 1,4	0,6
afrik.Entw.Länder	186,2	+ 16,4	+ 9,7	1,3
darunter:				
Ägypten	58,1	- 2,6	- 4,3	0,4
Australien-Ozeanien	102,8	- 44,3	- 30,1	0,7
darunter:				
Australien	87,6	- 36,6	- 29,3	0,6
Neuseeland	13,7	- 7,7	- 36,0	0,1

Außenhandel Schleswig-Holsteins

Aufteilung auf ausgewählte Warengruppen und Wirtschaftszweige

Warengruppen	Jan.-Oktober 1998	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum		Anteil an der Gesamtausfuhr
	In Mio DM	In Mio DM	In v.H.	In v.H.
Ernährungswirtschaft	1.300,0	- 37,4	- 2,8	9,3
Lebende Tiere	20,7	+ 0,7	+ 3,5	0,1
Nahrungsmittel tier. Urspr.	556,6	- 60,6	- 9,8	4,0
Nahrungsmittel pfl. Urspr.	670,6	+ 16,4	+ 2,5	4,8
Genußmittel	52,1	+ 6,1	+ 13,3	0,4
Gewerbliche Wirtschaft	12.714,4	+ 723,4	+ 6,0	90,7
Rohstoffe	223,5	- 43,0	- 16,1	1,6
Halbwaren	743,8	- 11,7	- 1,5	5,3
Fertigwaren	11.747,1	+ 778,0	+ 7,1	83,8
davon:				
Vorerzeugnisse	1.657,8	- 165,4	- 9,1	11,8
Enderzeugnisse	10.089,4	+ 943,5	+ 10,3	72,0

Wirtschaftszweige

Elektrotechn. Erzeugnisse	2.900,9	+ 691,1	+ 31,3	20,7
Maschinenbau	2.858,0	+ 57,2	+ 2,0	20,4
Chemische Erzeugnisse	2.466,7	+ 31,9	+ 1,3	17,6
Papier und Pappe	857,5	+ 108,3	+ 14,5	5,1
optische und feinmechanische Erzeugnisse, Uhren	760,9	+ 111,7	+ 17,2	5,4
Fahrzeugbau	580,5	+ 3,0	+ 0,5	4,1
Eisen-/Blech-/Metall- erzeugnisse	511,5	+ 21,7	+ 4,4	3,6
Sonst. Enderzeugnisse	427,9	- 35,1	- 7,5	3,1
Wasserfahrzeuge	293,3	- 156,3	- 34,8	2,1
Holz, Holzwaren	244,7	- 16,4	- 6,2	1,7
Textilien	235,7	- 11,2	- 4,5	1,7
Sonstige Erzeugnisse	1.876,7	- 120,3	- 6,0	13,4

Abkürzungen

Länder der Bundesrepublik Deutschland

BB	=	Brandenburg
BE	=	Berlin
BW	=	Baden-Württemberg
BY	=	Bayern
HB	=	Bremen
HE	=	Hessen
HH	=	Hamburg
MV	=	Mecklenburg-Vorpommern
NI	=	Niedersachsen
NW	=	Nordrhein-Westfalen
RP	=	Rheinland-Pfalz
SH	=	Schleswig-Holstein
SL	=	Saarland
SN	=	Sachsen
ST	=	Sachsen-Anhalt
TH	=	Thüringen

Zuständigkeiten

Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein

Düsternbrooker Weg 94, 24105 Kiel, Tel. 0431-988-0

Minister: Horst Günter Bülck

Staatssekretär: Dr. Bernd Rohwer

Einzelne Zuständigkeiten können dem beiliegendem Organisationsplan
(siehe folgende Seite) entnommen werden.

Bereiche Tourismuspolitik und Ernährungswirtschaft:

Ministerium für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein

Düsternbrooker Weg 104, 24105 Kiel, Tel. 0431-988-0

Minister: Klaus Buß

Staatssekretär: Rüdiger von Plüskow

Referat Tourismuspolitik: Kenn-Nr. VIII 22, Tel. 0431-988 4544

Referat Ernährungswirtschaft: Kenn-Nr. VIII 40, Tel. 0431-988 4942

Bereich Frauenpolitik/Beratungen für Frauen:

Ministerium für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau des Landes Schleswig-Holstein

Theodor-Heuss-Ring 49, 24113 Kiel, Tel. 0431-988-0

Ministerin: Angelika Birk

Staatssekretärin: Dr. Christa Karras

Referat Frauenförderung im Erwerbsleben: Kenn-Nr. V 21, Tel. 0431-988 2225

Bereich Technologietransfer im Hochschulbereich:

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein

Brunswiker Straße 16-22, 24105 Kiel, Tel. 0431-988-0

Gartenstraße 6, 24103 Kiel, Tel. 0431-988-0

Ministerin: Ute Erdsiek-Rave

Staatssekretär: Dr. Ralf Stegner

Referat Technologietransfer/Forschungsförderung: Kenn-Nr. III 620, Tel. 0431-988 5832

Bereich Ostseezusammenarbeit:

Ministerium für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein

Lorentzendam 35, 24103 Kiel, Tel. 0431-988-0

Minister: Gerd Walter

Staatssekretär: Wulf Jöhnk

Referat Ostseezusammenarbeit: Kenn-Nr. II 40, Tel. 0431-988 2113

Bereich Umweltwirtschaft

Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten des Landes Schleswig-Holstein

Grenzstraße 1 - 5, 24149 Kiel, Tel. 0431-988-0

Minister: Rainer Steenblock

Staatssekretärin: Henriette Berg

Referat Umweltökonomie: Kenn-Nr. X 12, Tel. 0431-988 7325

Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein
Organisationsplan
Stand: 01. Januar 1999

Anschrift: Düsterbrookweg 94
 24105 Kiel
 oder
 Postfach, 24100 Kiel
 Telefon: 0431/988-Nebenstelle
 Telefax: 0431/988-s. Abteilungen

Minister Horst Günter Bülow
 Tel.: 4400
 Vorzimmer: 4401, 4402

Staatssekretär Dr. Bernd Rohwer
 Tel.: 4500
 Vorzimmer: 4403

Ministerbüro
 Leiterin des Ministerbüros
 Analysen, abteilungsübergreifende
 Maßnahmen
 Planungsbeauftragte 4410
 Persönlicher Referent 4415
 Koordinierung von Landtags- und
 Kabinettsangelegenheiten, 4430
 PS Presse und Öffentlichkeitsarbeit
 4420
 4705
 Fax: 4812

Investitionsbeauftragter
 InvB 4502
 4528
 Vertreter
 Außenwirtschaftsbeauftragter
 4503
 4534
 Vertreter
 Gleichstellungsbeauftragte
 4727
 4651
 Vertreterin

Örtlicher Personalrat
 Vorsitzender: 4686
 Hauptpersonalrat
 Vorsitzender: 4756
 Vertrauensmann der Schwerbehinderten
 4802
 Hauptvertrauensmann der Schwerbehinderten
 0461/90309-0
 Ansprechpartner für Fahrradfragen
 4565

Abteilung 1 Allgemeine Abteilung
 4501
 4517
 4801
 Vertreter:
 Vorzimmer.: 4811
 Fax: 4811

**Abteilung 2 Wirtschaftspolitik
 Wirtschaftsförderung**
 4502
 4520
 4541
 4802
 Vertreter Ref. 20-22:
 Vertreter Ref. 23-25:
 Vorzimmer.: 4812
 Fax: 4812

**Abteilung 3 Technologie
 Außenwirtschaft**
 4503
 4530
 4803
 Vertreter
 Vorzimmer.: 4812
 Fax: 4812

**Abteilung 4 Straßenbau
 Straßenverkehr**
 4504
 4585
 4804
 Vertreter
 Vorzimmer.: 4811
 Fax: 4811

Abteilung 5 Verkehrspolitik
 4505
 4550
 4805
 Vertreter
 Vorzimmer.: 4814
 Fax: 4814

10	Innenrat	4510
11	Personal, Fortbildung	4511
12	Haushalt	4512
13	Organisation, Automation IT-Leitstelle Modernisierungsvorhaben	4516
14	Bundesrat Justiziar Ordensangelegenheiten Koordinierung der Zivilver- teidigungs- und Katastro- phenschutzmaßnahmen Beteiligung bei der Landes- gesetzgebung	4517
15	Grundsatzangelegenheiten des Einheiten-, Eich-, Beschulungs- und Medizinpro- dukterrechts sowie der Normung	4450

20	Wirtschafts-, Regional-, und Mittelstandspolitik Regionalprogramm Konjunkturpolitik Wirtschaftsstatistik	4520
21	EU-Angelegenheiten GA Konversion	4526
22	Wirtschaftsnaher Infra- struktur Norddeutsche Zusammen- arbeit und Landesplanung Umweltschutz	4522
23	Brancheangelegenheiten Rohstoffe Schiffbauförderung	4541
24	Wirtschaftsförderung Unternehmensbetreuung	4528
25	Steuern und Abgaben der Wirtschaft und des Ver- kehrs Betriebliche Prüfungen Öffentliches Auftrags- und Verdingungswesen	4546

30	Technologiepolitik Technologietransfer Innovation	4530
31	Handwerk Gewerbeaufsicht Kernenergie Post, Ordnungspolitik Telekommunikation	4542
32	Grundsätze der Ausbildung	4533
33	Grundsätze der Weiterbildung BFOG, AFBG	4538
34	Außenwirtschaftspolitik	4534
35	Bank- und Kreditwesen Versicherungsaufsicht Kartellrecht	4521
36	Telekommunikation und Multimedia	4539

40	Straßenbau Straßenbautechnik	4560
41	Straßenplanungen	4561
42	Straßenverkehrsrecht Straßenrecht Technisches Kraftfahr- wesen	4564
43	Planfeststellungsverfahren Straßen, Schiene und Häfen	4565
44	Kommunaler Straßenbau Verkehrssicherheit	4562

50	Verkehrspolitik Verkehrszweigüber- greifende Planungen Europäische Verkehrs- angelegenheiten Eisenbahnen	4550
51	Güterverkehr Umweltschutz im Verkehr Telematik im Verkehr	4532
52	Öffentlicher Personennah- verkehr Verkehrstarife Konzessionen	4555
53	Schifffahrt und Häfen	4551
54	Luftfahrt	4554

Jahreswirtschaftsbericht 1998

Herausgeber: Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
des Landes Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 94
24105 Kiel

Redaktion: Volker Kruse, Abteilung Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsförderung
Tel.: 0431-988 4527 / Fax: 0431-988 4812

Statistik und Graphiken: Kirsten Pöhl, MWTV Schleswig-Holstein
Textverarbeitung: Martina Renk, MWTV Schleswig-Holstein

